

FOCUS ASIEN

Schriftenreihe des Asienhauses

Demokratisierung in Indonesien. Bilanz und Perspektiven

Workshop der Südostasien-Informationsstelle und des Doktoranden-Netzwerkes Indonesien (26.-27.10.2002)

Warsito Ellwein (Hrsg.)

Die Meinungen, die in den vom Asienhaus herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© März 2003, Asienstiftung, Essen

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht. Sie sind jedoch nur unter Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Asienstiftung für das Asienhaus Essen, Bullmannaue 11, 45327 Essen

Telefon: +49 . 201 . 830 38-38; Fax: +49 . 201 . 830 38-30;

asienstiftung@asienhaus.de

<http://www.asienhaus.de>

ISSN 1435-0459

ISBN 3-933341-20-5

Demokratisierung in Indonesien. Bilanz und Perspektiven

Workshop der Südostasien-Informationsstelle und des Doktoranden-Netzwerkes Indonesien (26.-27.10.2002)

Warsito Ellwein (Hrsg.)

Inhalt

Neue Vision entwickeln: AktivistInnen und DoktorandInnen diskutieren über Demokratisierungsprozesse in Indonesien <i>von Harriet Ellwein</i>	S. 3
Mehr Demokratie durch Verfassungsänderungen? <i>von Mirko Herberg</i>	S 9
Die Machtbalance zwischen Präsident und Parlament <i>von Patrick Ziegenhain</i>	S. 13
Die religiöse Dimension ethnischer Konflikte in Indonesien - Das Beispiel Osttimor <i>von Manuel Schmitz</i>	S. 21
Suhartos „Chinesenproblem“: Die Chinesenpolitik der Neuen Ordnung <i>von Christian Chua-Franz</i>	S. 27
Die Situation der chinesisch-stämmigen Indonesier in Indonesien seit 1998 Zwischen neuer Freiheit und alter Gefährdung <i>von Christine Winkelmann</i>	S. 31
Das indonesische Militär im Demokratisierungsprozess <i>von Ingo Wandelt</i>	S. 39
Islam und Demokratisierung <i>Claudia Kuhn</i>	S. 47

Neue Vision entwickeln : AktivistInnen und DoktorandInnen diskutieren über Demokratisierungsprozess in Indonesien

von Harriet Ellwein

Seit Sommer war er geplant, der Workshop, auf dem Vertreterinnen des DoktorandInnen-Netzwerks, das Genia Findeisen aus Hamburg ins Leben gerufen hat, der Südostasien Informationsstelle, Vereinsmitgliedern und anderen Indonesien-Interessierten Konzepte und Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeiten vorstellen sollten. Am 26./27. Oktober 2002 trafen sich 25 Personen im Asienhaus für diesen Austausch – und standen noch völlig unter dem Schock der Ereignisse auf Bali vom 12. Oktober.

Die Reisewarnung der Bundesregierung wolle man für sich nicht gelten lassen, war die einhellige Meinung der Beteiligten: "Jetzt fahren wir erst recht", betonten alle, die für ihre Forschungsarbeiten noch empirische Erhebungen machen wollen. Diskussion und Referate standen völlig im Zeichen der jüngsten Attentate. Alle ForscherInnen verbuchten unter den neuen Vorzeichen für sich neue und wichtige Aspekte.

Den Auftakt machten Patrick Ziegenhain (Freiburg) und Mirko Herberg (Bonn) mit zwei Vorträgen zu den Verfassungsänderungen seit 1999, nach denen ab 2004 der Präsident direkt gewählt und sich das Parlament aus 550 Abgeordneten und vier Parlamentsmitgliedern aus jeder Provinz zusammensetzen wird. Als wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Demokratie sieht Mirko Herberg klarere verfassungsrechtliche Vorgaben. Die vorgenommenen Veränderungen verlangten aber weitere Präzisierungen (zum Beispiel Parteien- und Wahlgesetze) sowie eine grundsätzliche Rechtssicherheit und die Bekämpfung der Korruption.

Der Machtbalance zwischen Parlament und Präsident ging Patrick Ziegenhain auf die Spur: Während indonesische Verfassungsrechtler in der neuen Verfassungsstruktur von der Dominanz des Parlaments gegenüber dem Präsidenten sprächen, sei in der Realität eine deutliche Machtverlagerung zugunsten der Exekutive feststellbar. So

lasse die feste Amtszeit des Präsidenten wenig Raum für Veränderungen, die Abwahl eines – zum Beispiel willkürlich agierenden – Staatsoberhauptes sei nur schwer möglich. Bedauert wurden vor allem die mangelnde Qualität und materielle Ausstattung des gesamten parlamentarischen Apparats, für dessen Qualifizierung derzeit nicht weniger als 14 Geberorganisationen Förderprogramme entwickelt hätten!

Sehr viele Emotionen bei den TeilnehmerInnen weckten die Referate von Christine Winkelmann (Köln), Christian Frank (Berlin) und Manuel Schmitz (Trier), die über die Rolle der chinesischen Minderheit und die religiöse Dimension ethnischer Konflikte referierten. Christine Winkelmann stellte klar, dass die Chinesen in Indonesien mit regionalen, zum Teil um Autonomie oder einen Sonderstatus ringenden Gruppen, wie den Acehnesen oder den Molukern, nicht verglichen werden könnten. Die Chinesen seien weder ein regionaler Block noch eine einheitliche ethnische Gruppe, außerdem unterscheide sich auch ihre ökonomische Situation deutlich von der anderer Minderheiten.

Christine Winkelmann und Christian Franz gaben einen Überblick über die Geschichte der chinesischen Immigranten in Indonesien und machten deutlich, dass die Chinesen in der jüngeren Geschichte nach Belieben der jeweils Regierenden zum Sündenbock (zum Beispiel ökonomischer Schwierigkeiten) gemacht oder – wie 1999 – als Wahlvolk hofiert wurden. Während auf der einen Seite die Entfaltung chinesischer Kultur (Medien, Literatur etc.) mehr Liberalität erfahren habe, gebe es andererseits weiterhin 60 diskriminierende Gesetze, die eine wirkliche Integration in die indonesische Gesellschaft unmöglich machten. Wo Gus Dur in seiner Regierungszeit durch die Ernennung eines chinesischen Ministers geflohene Großunternehmen zur Rückkehr ermutigt habe, stagnierten unter Megawati die eingeleiteten Reformen, die

Umsetzung beschlossener Gesetze erfolge nicht nachdrücklich.

Die DiskussionsteilnehmerInnen äußerten ihre Dankbarkeit über diese Forschungsvorhaben, da die Situation der chinesischstämmigen Indonesier nach ihrer Meinung in der Forschung geradezu eine "Black box" gewesen sei und das Thema viel zu wenig öffentlich beachtet werde.

Manuel Schmitz widerlegte die These, dass der Konflikt in Osttimor auf religiöse Ursachen zurückzuführen sei. Selbst wenn nach außen die Katholische Kirche eine führende Rolle in der Befreiung Osttimors gespielt habe, so stehe dies weniger in Zusammenhang mit dem Glauben der Osttimoresen als mit der Instrumentalisierung der Glaubensgemeinschaft im Konflikt. Auch brennende Kirchen und Moscheen kurz vor der Unabhängigkeit wiesen nicht auf Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslims hin, sondern stünden symbolisch für die Auseinandersetzungen zwischen den Einheimischen und den javanischen Besetzern.

In seinem Referat "Das Indonesische Militär im Demokratisierungsprozess" betonte Ingo Wandelt (Hürth), dass das indonesische Militär zwar zum Sturz Suhartos beigetragen habe, sich daraus aber kein gesellschaftliches Folgemodell für die Rolle des Militärs im Staat entwickeln könne. Ohnehin habe sich die Situation mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, mit den sogenannten "neuen Kriegen" grundsätzlich geändert: Im Zeichen der Anti-Terrorkriege sei die "splendid Isolation" der innergesellschaftlichen Kriege aufgebrochen, externe Beobachter und Akteure träten hinzu. Kriege werden internationaler, innere Sicherheit werde zum Bestandteil internationaler Sicherheit. Zentrale Bedeutung habe dabei die Stärke des Staates gegenüber den Konfliktparteien, und diese sei in Indonesien derzeit kaum prognostizierbar. Traditionell sei Politik im Verständnis des Militärs die "Sphäre der Machenschaften zwischen den vielfältigen Elitegruppen des Landes". Politik werde auf der "Bühne Jakarta in Hinterzimmern ausgetragen" und folge ungeschriebenen Regeln.

Über das nach den Attentaten von Bali besonders aktuelle Thema "Islam und Demokratisierung" referierte Claudia Kuhn (Köln). Aus einem Abriss über die Geschichte des Islams in Indonesien entwickelte sie drei Thesen: 1. Den Islam in Indonesien gibt es nicht. 2. Grundsätzlich kann der Islam innerhalb des Demokratisierungsprozesses eine Rolle übernehmen. 3. Diese ist jedoch abhängig von der besonderen Rolle der jeweiligen Führungspersonen und ihrer persönlichen Haltung zur Demokratie.

Den Anteil radikalislamischer Gruppen zu bestimmen, falle nach wie vor schwer. Die große Mehrheit indonesischer Muslims gehöre zwar einem moderaten Islam an, aber es sei eine schweigende Mehrheit. Wie alle indonesischen Bürger, seien auch die Muslime auf der Suche nach neuen und legitimierten Autoritäten. In dieser Orientierungslosigkeit könnten radikale Gruppen auf fruchtbaren Boden treffen.

Sriningsih Tunruang vom Aachener Dritte-Welt-Forum und Warsito Ellwein von der SüdostasienInfostelle gaben zum Schluss des Workshops einen Abriss über die Situation der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und fragten, was die Demokratisierung der Bevölkerung bisher gebracht habe. Sie betonten, dass die NGOs im Vorfeld des Suharto-Sturzes eine wichtige Rolle gespielt haben, jetzt zum Teil ihre Aufgaben als erledigt betrachteten und auch keinen Machtanspruch formulierten. Die NGO-Bewegung finde somit auch keine gemeinsame politische Perspektive und zerfalle mehr und mehr.

Positiv für die Bevölkerung sei die Presse- und Meinungsfreiheit, die Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen, die sich nicht mehr in Standesorganisationen organisieren müssen, die freie Wahl der Bürgermeister in den Dörfern und das Verschwinden des allgemeinen Angstklimas, vor allem vor Übergriffen des Militärs. Der politischen Liberalisierung stehe jedoch eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation gegenüber, Korruption sei noch lange nicht gebannt, das Rechtswesen unterentwickelt. Außerdem herrsche nach wie vor politische Orientierungslosigkeit.

„Was fehlt, ist die Vision“ brachten die TeilnehmerInnen die Gespräche im Workshop auf den Punkt, und daran gelte es, weiterzuarbeiten. Bedauert wurde auch das Fehlen eines Referats zur wirtschaftlichen Situation. Ansonsten forschen die WissenschaftlerInnen, die ihre Arbeiten vorstellten, – darüber waren sich alle einig

– sehr praxisnah und unterstützen diejenigen, die den Demokratisierungsprozess in Indonesien für sich als politischen Auftrag betrachten.

Ein gelungener und fortsetzungswürdiger Dialog!

Mehr Demokratie durch Verfassungsänderungen ?

von Mirko Herberg

Allgemeines

Verfassungsfragen stehen zumeist nur dann im Blickpunkt der Öffentlichkeit, wenn Ausnahmesituationen eine Auseinandersetzung mit dem Fundament der politischen Ordnung verlangen. Dies ist bei Systemwechseln der Fall: In der Verfassung müssen die allgemeinen Rahmenbedingungen und Grundsätze des Staatswesens sowie die Institutionenordnung des politischen Systems verankert werden. In Indonesien ist ein Blick auf die Verfassungsebene auch 4 Jahre nach dem Ende der Suharto-Ära von großem Interesse. Nicht zuletzt der Fall Wahid verdeutlichte, wie wichtig signifikante Änderungen notwendig geworden waren, um die Grundlage für eine stabile Demokratie zu schaffen.

Dieser Vortrag soll die grundsätzlichen Veränderungen der indonesischen Verfassung nachzeichnen. Dabei wird die Verfassung von 1945 (Undang-Undang Dasar, UUD 45), wie sie sich 1999 vor den ersten Änderungen darstellte, als Ausgangspunkt herangezogen. Unter Berücksichtigung der einzelnen Veränderungen wird die neue Institutionenordnung skizziert und Antworten auf die Frage gegeben, inwiefern die "neue" Verfassung ein demokratischeres Regierungssystem schafft.

UUD 45 – Die Verfassung der "Neuen Ordnung"

Die UUD 1945 war die konstitutionelle Grundlage Indonesiens nach der Unabhängigkeit. Während der parlamentarischen Demokratie gab eine zwischenzeitliche Verfassung (Undang-Undang Dasar Sementara, 1950) und einen Auftrag für die Neuausarbeitung einer Verfassung. Aber die eingesetzte verfassungsgebende Versammlung (*Konstituante*) scheiterte gleichzeitig mit der Aufgabe der parlamentarische Demokratie. Der damalige Staatspräsident Sukarno kehrte 1959 per Dekret zur UUD 45 zurück und begann damit die Zeit der "Gelenkten Demokratie".

Welchen Charakter hatte die UUD 1945?

Kurz gesagt, sie war eine "Schützengrabenverfassung": kurz, unpräzise, mit einem großen Interpretationsspielraum, der von den jeweiligen Machthabern auch genutzt wurde. Präsident Suharto unterschied sich von seinem Vorgänger Sukarno jedoch dadurch, dass er sie als Grundlage seines Machterwerb bis auf Äußerste gebrauchte. Die textliche Grundlage dazu war die festgeschriebene starke Rolle des Präsidenten: Er war gleichzeitig Staats- und Regierungschef, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und konnte Krieg erklären. Später führte eine immer umfassendere Machtkonzentration und eine damit verbundene Personalisierung dazu, dass das eigentlich höchste staatliche Gremium, die MPR, eine reine Marionette des Präsidenten war. (siehe Schaubild "Der Staatsaufbau 1999", S. 10)

Ergänzend zu dem Schaubild wäre hinzu-zufügen, dass beide Institutionen, die MPR und das Parlament DPR, faktisch keine Entscheidungskompetenzen hatten. Wichtig zu erwähnen ist weiterhin der "Geist" der Verfassung, das Staatsprinzip Pancasila, welches für ein offenes, tolerantes Indonesien steht, in dem alle ethnischen Gruppen des Archipels ihre Heimat finden sollen.

Die Reformära – Systemwechsel und Verfassungsänderungen

Die der Verfassung inhärenten Probleme der unpräzisen Verfassungsbestimmungen und der dadurch möglichen Machtkonzentration wurden in der Zeit des Systemwechsels erkannt. Die UUD 45 war das Relikt der "Neuen Ordnung", und es bestand der Wunsch und die Notwendigkeit, diese vorher sakrosankte Verfassung zu ändern.

Seit 1999 hat es in den 4 Jahressitzungen der MPR, die das einzige Gremium ist, das Verfassungsänderungen vornehmen kann, zum Teil signifikante Modifikationen der bestehenden Staatsgrundlage gegeben.

(siehe Schaubild „Wichtigste Verfassungsänderungen seit 1999, S.11)

Die wichtigsten Trends sind unschwer zu erkennen:

- Es erfolgte eine Spezifizierung des Regierungssystems/ des Institutionenaufbaus: Es gibt mittlerweile deutlich genauere Regelungen über das gegenseitige Verhältnis von Präsident, MPR, DPR und DPD, der neuen, senatsähnlichen Kammer.
- Menschenrechte haben Verfassungsrang erlangt.
- Das Militär ist seiner formalen politischen Rolle entbunden.
- Die Dezentralisierung ist in der Verfassung festgeschrieben.
- Die immer wieder aufflammende Diskussion um die Jakarta Charter (Pflicht für Muslime, *sharia* auszuüben) ist vorerst beendet: Indonesien bleibt bei seinem säkularen, toleranten Staatsprinzip.

Was sind die wesentlichen Konsequenzen aus den Verfassungsänderungen? (siehe Schaubild „Der Staatsaufbau nach der 4. Verfassungsänderung ab 2004, S.12)

1. Nachdem die Übergangszeit von einer parlamentarischen Dominanz geprägt war, ist jetzt eine klare Gewaltenteilung und ein eindeutig präsidentielles System etabliert worden. Das heißt unter anderem, dass es kein politisch begründetes Amtsenthebungsverfahren wie im Fall Wahid geben kann.
2. Innerhalb der Elite findet eine größere formelle Machtteilung statt: die Exekutive ist klar von der doppelten Legislative getrennt, und die neu errichteten Kompetenzen der Judikative in Form des Verfassungsgerichtes sollen für eine weitere Kontrollinstanz sorgen.
3. Mit der Errichtung der zweiten Kammer (*Dewan Perwakilan Daerah, DPD*) gibt es eine neuartige Repräsentanz der Regionen.

Weitere Erläuterungen zur neuen Institutionenordnung:

- Die Wahl des Präsidenten erfolgt direkt. Gewählt ist, wer im 1.Wahlgang 50% aller Stimmen und dazu mindestens jeweils 20% der Stimmen in der Hälfte der Provinzen gewinnt. Gelingt dies keinem Team, entscheidet im 2.Wahlgang die einfache Mehrheit zwischen den besten beiden Kandidatenpaaren.
- Ein Amtsenthebungsverfahren läuft ähnlich wie in den USA. Dazu schlägt die DPR dem Verfassungsgerichtshof vor (mit einer 2/3 Mehrheit von mindestens 2/3 aller DPR-Mitglieder), dass der Präsident aufgrund eines Vergehens (Verrat, Bestechung, Korruption, Kriminalität) des Amtes enthoben wird. Der Verfassungsgerichtshof fällt ein Urteil, welches jedoch im Falle eines Schuldspruches von der MPR mit 2/3 Mehrheit bestätigt werden muss.
- Die DPD setzt sich aus Einzelpersonen zusammen, die keiner Partei angehören. Sie hat ein Initiativ- und Mitentscheidungsrecht bei Fragen der regionalen Autonomie, des Finanzausgleichs, der Neuformierung von Regionen und des Managements von natürlichen Ressourcen. Bei Gesetzesvorschlägen zu Bildung, Religion, Staatshaushalt und Steuern hat sie ein Beratungsrecht.
- Der Verfassungsgerichtshof prüft die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze, entscheidet bei Streitigkeiten zwischen den Staatsinstitutionen und über Parteiauflösungen. Die Mitglieder werden jeweils zu einem Drittel vom Präsidenten, dem Parlament und dem Obersten Gerichtshof gewählt.

Offene Fragen

Trotz der Präzisierungen bleiben offene Fragen bestehen.

- Die Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Parlament ist nicht bis ins Detail geklärt.

- Es ist noch nicht abzusehen, welche politische Rolle die DPD spielen kann. Die Kompetenzverteilung zwischen DPD und DPR bevorzugt klar die DPR, so dass zu befürchten ist, dass die DPD nur einen geringen Stellenwert einnehmen wird.
- Die Zusammensetzung der DPD könnte sich als problematisch erweisen. Da Individuen gewählt werden, ist mit vielen Bürokraten zu rechnen. Aber auch die Militärs könnten durch die Hintertür wieder in Politik eingreifen: sie müssen nicht einmal den Dienst quittieren, um kandidieren zu dürfen!
- Kann die DPD eine effektive Repräsentanz der Minderheiten ermöglichen?
- Wie wird das Wahlsystem angepasst und welche Auswirkungen hat dies auf das Parteiensystem? Derzeit plädieren die Parlamentarier für ein Verhältniswahlrecht, die Regierung schlägt aber ein gemischtes System mit Verhältniswahl und offener Liste vor.
- Finden die Wahlen zum Parlament und Präsidenten gleichzeitig statt?
- Weiterhin steht die Grundsatzfrage im Raum, ob eine gänzlich neue Verfassung ausgearbeitet werden soll.

Thesen und Bewertung

Das veränderte Grundgesetz besitzt eine geringe Verfahrenslegitimität. Die Forderung nach einer grundlegenden Neuschreibung der Verfassung muss sich aber der dadurch geschaffenen Unsicherheit und möglichen politischen Instabilität bewusst sein. Die durch Effektivität und Stabilität einer Verfassung gewonnene Legitimität kann einen Mangel beim Zustandekommen kompensieren.

Die Errichtung einer Kammer der Regionen ist ein notwendiger Schritt zur politischen Anerkennung der Diversität des Inselreiches Indonesien. Jedoch sind die Kompetenzen der DPD nur unzureichend, um eine grundsätzliche Repräsentation der Regionen zu gewährleisten. Die Regionenvvertreter brauchen eine generelle Initiativ- und Gesetzgebungskompetenz, die sich

nicht nur auf Sachverhalte regionalen Belangs bezieht. Eine Stärkung des Gremiums sollte nach einer Anlaufphase erzwungen werden.

Die vorgenommenen Präzisierungen der verfassungsrechtlichen Vorgaben sind ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Demokratie:

- Dysfunktionale Blockaden können durch eine klare Kompetenzverteilung vermieden werden;
- Eine ausgewogene Machtbalance verhindert allzu große Entscheidungskompetenzen in einer Hand;
- Regionale Repräsentanz und Dezentralisierung bzw. Autonomiestatus können ein Auseinanderfallen Indonesiens verhindern.

Die vorgenommenen Änderungen bieten aber keine Garantie für demokratisches Regieren und Stabilität. Sie sind nur die Rahmenbedingungen, in denen sich die politischen Akteure bewegen müssen bzw. sollen. Darüber hinaus sind weitere Konkretisierungen (v.a. Parteien- und Wahlgesetze, Stellung von Institutionen wie Menschenrechtskommission) ebenso zentral wie eine grundsätzliche Rechtssicherheit und die umfassende Bekämpfung von Korruption. Erst dann hat die Demokratie eine echte Chance. Die formalen Grundlagen sind aber geschaffen.

Schaubild 1

Schaubild 2

Schaubild 3

Die Machtbalance zwischen Präsident und Parlament

von Patrick Ziegenhain

1. Einleitung

Die in der Orde Baru klar feststellbare Dominanz der Exekutive (insbesondere des Präsidenten) bei gleichzeitiger Bedeutungslosigkeit des Parlaments hat sich in der Era Reformasi relativiert. Dies ist einerseits auf die Verfassungsänderungen zurückzuführen, andererseits hat sich auch das Selbstverständnis des Parlaments und seiner Abgeordneten grundlegend geändert.

In diesem Essay soll kein deskriptiver historischer Abriss über das Machtverhältnis zwischen dem Parlament DPR (Dewan Perwakilan Rakyat) und den Präsidenten seit 1998 (Habibie, Wahid, Megawati Soekarnoputri) geboten werden, da dies in groben Zügen als bekannt vorausgesetzt wird. Stattdessen soll versucht werden, grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Legislative und Exekutive aufzuwerfen und dies dann auf die politische Entwicklung in Indonesien seit 1998 zu übertragen. Hierbei soll gezeigt werden, dass das derzeitige Regierungssystem Indonesien im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung eher als parlamentarisch klassifiziert werden kann. In einem weiteren Schritt sollen die Auswirkungen des Regierungssystems auf die politische Willensbildung innerhalb des Demokratisierungsprozesses verdeutlicht werden. Gleichzeitig soll auch ein Blick auf die mögliche Machtbalance zwischen Präsident und Parlament nach den geplanten Wahlen im Jahr 2004 geworfen werden. Nach diesen Wahlen werden die beschlossenen Verfassungsänderungen, die insbesondere die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk beinhalten, wirksam. Das Verhältnis der Staatsinstitutionen zueinander wird dadurch noch einmal kräftig umgestaltet.

Meine Thesen lauten:

a) Angesichts der derzeitigen Verfassungsgrundlagen und der politischen Realitäten kann in Indonesien seit 1999 eher von einem parlamentarischen als

von einem präsidentiellen Regierungssystem gesprochen werden. Dies hat grossen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess.

b) Ab 2004 wird das Parlament eine wichtige Position innerhalb der Verfassungsstruktur behalten. Indonesische Verfassungsrechtler sprechen gar von einer absoluten Dominanz des Parlaments gegenüber dem Präsidenten. In der Realität ist jedoch immer noch eine deutliche Machtverlagerung zugunsten der Exekutive feststellbar.

2. Parlamentarisches Regierungssystem in Indonesien nach 1998

In Artikeln zum politischen System Indonesiens nach 1998 wird das Regierungssystem meist als Präsidentialismus gekennzeichnet, wobei es sich, meiner Meinung nach, eher um ein parlamentarisches Regierungssystem handelt.

Zunächst einmal sollen die Begriffe präsidentielles bzw. parlamentarisches Regierungssystem kurz und vereinfacht erklärt werden. Hierbei geht es um das Verhältnis zwischen dem Regierungschef (also der Exekutive) und dem Parlament, der Legislative. Die Bezeichnung eines Regierungssystems als präsidentiell oder parlamentarisch bezieht sich nicht auf die Macht, sondern auf die Legitimitätsgrundlage sowie den (Ab)wahlmechanismus.

Die Regierungssysteme der Bundesrepublik Deutschland oder Grossbritanniens sind Beispiele für den Typ des parlamentarischen Regierungssystems. Hierbei wird nur das Parlament direkt vom Volk gewählt. Die Regierung wiederum wird von einer Mehrheit des Parlaments gewählt und ist abhängig von dessen Zustimmung. Mittels eines Misstrauensvotums kann der Regierungschef jederzeit abgewählt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Mehrheit der Legislative wird als Gewaltenschränkung bezeichnet.

Klassisches Beispiel eines präsidentiellen Regierungssystems ist das der USA. Hier-

bei werden sowohl die Exekutive als auch die Legislative direkt vom Volk gewählt. Daher ist der Präsident auch unabhängig vom Parlament und kann von diesem nicht mittels eines Misstrauensvotums abgesetzt werden. Daher spricht man auch vom Merkmal der Gewaltenteilung.

Wenn man das Regierungssystem Indonesiens seit dem Ende der Orde Baru im Mai 1998 analysiert, so sprechen, so sprechen mehr Argumente für eine Klassifizierung als parlamentarisches Regierungssystem. Kein Regierungschef, also weder Habibie, noch Abdurrahman Wahid, noch Megawati Soekarnoputri wurden vom Volk direkt gewählt, sondern jeweils von der MPR (Majelis Permusyawaratan Rakyat), also dem Parlament. Die Gleichsetzung zwischen MPR und DPR erfolgt hier wegen der hohen personellen Kongruenz, denn 500 von 700 MPR-Mitgliedern sind Parlamentarier. Somit kann die MPR als eine Art erweitertes Parlament verstanden werden.

Gleichzeitig wurde die Abhängigkeit des Präsidenten vom Parlament deutlich. Die Ablehnung des Rechenschaftsberichts von Präsident Habibie im Oktober 1999, was dessen Rückzug zur Kandidatur zur Folge hatte, als auch insbesondere die Absetzung Präsident Wahids durch die MPR verdeutlichen die Abhängigkeit des Regierungschefs von einer parlamentarischen Mehrheit. Die Absetzung Wahids wird hier als Misstrauensvotum aus politischen Gründen verstanden und nicht als ein Impeachment aus juristischen Gründen. Das Kriterium der Absetzbarkeit des Regierungschefs durch eine Parlamentsmehrheit¹ spricht eindeutig für ein parlamentarisches Regierungssystem.

Sogar Präsidentin Megawati Soekarnoputri erkannte kürzlich, dass das Regierungssystem nur noch dem Namen nach präsidentiell, in Wirklichkeit jedoch parlamentarisch sei (secara teoritis bersifat presidenial, tapi dalam praktik akan penampilan

bagaikan sistem pemerintahan parlementer)².

3. Die Bedeutung von Regierungssystemen in Demokratisierungsprozessen

Wo liegt eigentlich die Relevanz für die Klassifizierung des Regierungssystems zu einem bestimmten Typ? Warum ist es wichtig, welches Regierungssystem innerhalb eines Demokratisierungsprozesses - wie des derzeitigen in Indonesien - bevorzugt wird? Dies hängt mit den Vor- und Nachteilen zusammen, die die jeweilige Regierungssystemform für die Legitimität der Regierung, die Effizienz sowie die Inklusivität des Regierungshandelns mit sich bringt.

Im folgenden sollen die abstrakten Vor- und Nachteile präsidentieller und parlamentarischer Regierungssysteme kurz und keineswegs vollständig vorgestellt und anschließend auf die Entwicklung in Indonesien bezogen werden.

Hierbei soll auf die politikwissenschaftliche Debatte Bezug genommen werden, die sich seit Anfang der 90-er Jahre entwickelt hat und eng mit den Namen Juan Linz, Scott Mainwaring und Matthew S. Shugart verbunden ist. Die vorgestellten Vor- und Nachteile der beiden Regierungssysteme sind deren Aufsätzen entnommen³.

Befürworter des jetzigen parlamentarischen Regierungssystems argumentieren, dass durch die Möglichkeit des jederzeitigen Abwahl des Regierungschefs durch das Parlament per Misstrauensvotum eine notwendige Flexibilität gegenüber aktuellen politischen Entwicklungen gewährleistet wird. Wenn diese Möglichkeit nicht bestanden hätte, so hätte Abdurrahman Wahid niemals abgesetzt werden können, obwohl er jegliche Unterstützung innerhalb des Parlaments und auch bei grossen Teilen der Bevölkerung verloren hatte. Die Abwahlmöglichkeit ist somit auch ein Kon-

¹ Vgl. Steffani, Wilfried: Zur Unterscheidung von parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen

² Kompas-Online, 16. August 2002: Presiden: Multi-partai sebabkan sistem presidensial sebatas teori

³ U.a. in Linz, Juan: The Virtues of Parliamentarism, in: Journal of Democracy, Nr. 1/ 1990, S. 84-93 und Scott Mainwaring/ Matthew S. Shugart: Juan Linz, Presidentialism, and Democracy, in: Comparative Politics. Vol. 19, No. 4, 1997, S. 449-471

trollinstrument zur Verhinderung von Machtmissbrauch durch den Regierungschef. Da sich dieser der Gefahr einer Absetzung bewusst ist, wird er normalerweise eine konsensorientierte Politik betreiben, um sich die Unterstützung der Parlamentarier zu sichern. Dies wird am Regierungsstil aller Präsidenten seit 1999 bewusst, die Politiker aus allen Parteien in Ministerämter beriefen, um sich mehr Unterstützung durch die politischen Parteien im Parlament zu sichern. Präsidentin Megawati Soekarnoputri ist seit ihrem Amtsantritt im Juli 2001 ebenfalls stark bemüht, die unterschiedlichen Meinungen der vielen Parlamentsfraktionen in ihre Regierungspolitik einzubeziehen.

Diese konsensorientierte Politik stösst nun aber bei vielen Menschen auf Kritik, die argumentieren, dass zuviel Konsens zur politischen Stagnation führt. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass die Möglichkeit der jederzeitigen Abwahl des Regierungschefs nicht nur zu einem Übermass an Kompromissen, sondern auch direkt zur politischen Instabilität führt. Drei Regierungschefs in nur 4 Jahren seien einfach zuviel, so die Argumentation der Gegner eines parlamentarischen Regierungssystems. Ein weiterer Hauptkritikpunkt ist die Dominanz von politischen Parteien. Die Bevölkerung werde entmündigt, wenn sie nicht den Regierungschef selbst wählen können, sondern nur Parteien, die dies dann wieder untereinander in intransparenter Weise ausmachen. Dies ist eine Konsequenz aus den Wahlen im Jahr 1999, in der die PDI-P von Megawati Soekarnoputri klar Sieger der Parlamentswahlen wurde, wohingegen die PKB von Abdurrahman Wahid lediglich 12,6% der Stimmen erhielt. Trotzdem wurde letzterer von der MPR zum Präsidenten gewählt.

4. Präsidientes Regierungssystem ab 2004

Durch die Verfassungsänderungen, insbesondere das 3. Amendment aus dem Jahr 2001 sowie das 4. Amendment vom August 2002, wird das Regierungssystem in Indonesien ein präsidientes. Durch die Direktwahl des Präsidenten und parallel stattfindende Parlamentswahlen wird bei-

den Staatsinstitutionen eine eigenständige Legitimitationsgrundlage direkt vom Volk übertragen. Gleichzeitig kann der Präsident nicht mehr vom DPR aus politischen Gründen, sondern nur noch vom zu schaffenden Verfassungsgericht (Mahkamah Konstitusi) aus juristischen Gründen seines Amtes enthoben werden.

Somit ähnelt das indonesische Regierungssystem ab 2004 stark dem klassischen amerikanischen Regierungssystem. Dies wird noch verstärkt durch die Einführung einer zweiten Kammer als Vertretung der Provinzen (DPD, Dewan Perwakilan Daerah) analog zum amerikanischen Senat.

Weshalb haben die MPR-Mitglieder nun die Einführung des präsidientes Regierungssystems beschlossen? Dies erklärt sich aus den Vorteilen dieses Regierungssystemtyps. Nach den drei vom Parlament verursachten Regierungswechseln soll nun Stabilität einkehren, was durch die feste Amtszeit des Präsidenten und seiner Regierung hergestellt werden soll. Klare und zukunftsweisende Entscheidungen der Regierung sollen nun ohne langwierige Kompromissfindung im Parlament möglich sein. Gleichzeitig - und dies mag der Hauptgrund für die Entscheidung zugunsten eines präsidientes Regierungsform gewesen sein - kann das Volk nun in einer Persönlichkeitswahl seinen Regierungschef selbst wählen. Damit hat der zukünftige Präsident oder die zukünftige Präsidentin direkte Verantwortung gegenüber seinen Wählern, das heisst er oder sie muss auch umsetzen, was im Präsidentschaftswahlkampf versprochen wurde. Befürworter eines präsidientes Regierungssystems argumentieren, dass durch die Direktwahl des Präsidenten bei gleichzeitiger Wahl des Parlaments eine optimale Mischung aus direkter Verantwortlichkeit (Präsident) und breiter Repräsentation (Parlament) geschaffen wird. Gleichzeitig wird in einem präsidientes Regierungssystem die Bedeutung politischer Parteien reduziert. Die Dominanz von politischen Parteien und deren jeweiligen Führern auf den politischen Willensbildungsprozess sind ein Hauptkritikpunkt am derzeitigen Regierungssystem.

Die Vorteile eines präsidentiellen Regierungssystems liegen auf der Hand. Wo sind nun aber mögliche Nachteile oder gar Gefahren? Die feste Amtszeit des Präsidenten lässt keinen Raum für politische Veränderungen. Sollte sich der neu gewählte Präsident als unfähig oder überfordert erweisen, so ist dessen Absetzung nur äusserst schwer möglich. Gleichzeitig besteht - und dies hat sich insbesondere im lateinamerikanischen Kontext als häufig erwiesen - eine latente Tendenz des direkt gewählten Präsidenten seine Macht über die Grenzen der Verfassung hinaus auszudehnen und damit neo-autoritären Strukturen Vorschub zu leisten. Sollten gerade im indonesischen Fall hohe Militärs oder andere nicht-demokratische Kräfte Einfluss auf die Politik des Präsidenten gewinnen, so droht ein Scheitern des Demokratisierungsprozesses. Ein weiterer Nachteil von Präsidialsystemen ist das mögliche Entstehen einer Gridlock-Problematik, wenn der Präsident mit seinen Gesetzesvorschlägen und seiner Politik allgemein regelmässig vom Parlament blockiert wird, so dass letztendlich politischer Stillstand herrscht und die erforderliche politische Weiterentwicklung stagniert. Allgemein besteht bei einem Präsidialsystem viel eher die Gefahr, dass Populisten oder unerfahrene Aussen-seiter vom Volk direkt zum Regierungschef gewählt werden, wohingegen in parlamentarischen System eher konsensfähige Kandidaten von den Parteien gewählt werden.

War es also angesichts dieser möglichen Nachteile eine falsche Entscheidung des indonesischen MPR, sich ab 2004 für ein präsidentielles Regierungssystem zu entscheiden? Meiner Meinung nach nicht, denn nach einer (allerdings subjektiven) Abwägung der Vor- und Nachteile erscheint mir ein Präsidialsystem als geeigneter für eine erfolgreiche Weitergestaltung des Demokratisierungsprozesses. Dabei steht und fällt natürlich sehr viel mit den politischen Fähigkeiten und dem demokratischen Engagement des zukünftigen Präsidenten oder der zukünftigen Präsidentin. Darüberhinaus erscheint das Präsidialsystem eher der politischen Kultur Indonesiens sowie den historischen Erfah-

rungen der Bevölkerung zu entsprechen. Es gibt jedoch definitiv kein ideales Regierungssystem ohne Nachteile und mögliche Gefahren. (siehe Schaubild zu den Vor- und Nachteilen von parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen, S. 17)

5. Dominanz des Parlaments ab 2004?

Meine zweite These bezieht sich auf die Diskussion nach der vierten Verfassungsänderung im August 2002, die sich auf eine angebliche Dominanz des Parlaments ab 2004 gegenüber der Exekutive und hier insbesondere dem Präsidenten. Zahlreiche indonesische Verfassungsrechtler⁴ brachten ihre Bedenken zum Ausdruck und benannten die folgenden Gründe für eine angebliche Überlegenheit des Parlaments nach 2004:

- a) Der Präsident darf die DPR nicht auflösen, wohingegen das Parlament das Recht hat ein Impeachment gegen den Präsidenten einzuleiten. Es ist unklar bzw. nicht in der Verfassung geregelt, ob der Präsident das Recht hat, die DPD aufzulösen
- b) In der Gesetzgebung hat der Präsident nur ein suspensives Vetorecht (Art. 20,5). Er kann Gesetze um 30 Tage verzögern und muß ansonsten alle vom DPR beschlossenen Gesetze akzeptieren.
- c) Der Präsident darf zwar Minister ernennen und entlassen, braucht aber bei allen anderen wichtigen personellen Entscheidungen die Zustimmung des Parlaments. Hiermit sind insbesondere Richter und vor allem der Chef der Streitkräfte und der Polizei gemeint.
- d) Das Parlament hat das ausschließliche Recht, die Mitglieder des Verfassungsgerichts, des Rechnungshofs, der nationalen Wahlbehörde und die Menschenrechtskommission zu berufen.

⁴ U.a. bei: Saldi Isra: Supremasi Dewan Perwakilan Rakyat, in: Kompas 2.9.2002, Online-Edition: www.kompas.com/kompas-cetak/0202/02/opini/supr04.htm and Denny Indrayana: Ancaman Tirani DPR, in: Kompas 2.9.2002, Online-Edition: www.kompas.com/kompascetak/0202/02/opini/anca04.htm

- e) Die DPR ist klar gegenüber der neu zu schaffenden 2. Kammer DPD überlegen. DPD hat nur Mitspracherechte bei Fragen mit regionaler Bedeutung und darf keine Gesetze vorschlagen. DPD kann wegen fehlender Kompetenzen DPR nicht kontrollieren.
- f) DPR stellt auch zukünftig etwa 75% - Prozent in der MPR und hat damit de facto das Recht, die Verfassung zu ändern.

Wenn man die Kompetenzen des Parlaments in der Verfassung betrachtet, erscheint es tatsächlich so, als würde die Legislative der Exekutive überlegen sein. In der Realität dominiert allerdings immer noch die Exekutive. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die **klassischen Parlamentsfunktionen** ansieht. Zu diesen zählen neben der Wahl- und Kontrollfunktion vor allem das Gesetzgebungs- und das Haushaltsrecht.

Die ersten beiden Funktionen werden vom Parlament sehr ernst genommen, manchmal sogar übertrieben. Dies ist vor allem als Reaktion auf den Machtmissbrauch durch einen autoritären Präsidenten in der Orde Baru zu verstehen.

In den beiden anderen Funktionen, Gesetzgebung und Haushaltsrecht, sind jedoch deutliche Defizite zu verzeichnen. Im Bereich der Gesetzgebung bereitet die Exekutive nahezu alle Gesetzentwürfe selbst vor und legt sie dem Parlament zur Absegnung vor. Wegen seiner äußerst geringen finanziellen und personellen Kapazitäten kann das Parlament kaum die große Menge von Gesetzentwürfen der Exekutive behandeln. Riesige Wartelisten von Gesetzentwürfen sind die Folge. Gesetzentwürfe von der DPR selbst sind die absolute Ausnahme. Seit 1999 sind lediglich einige wenige zu verzeichnen, fast alle in Zusammenhang mit der Schaffung von neuen Provinzen bzw. Distrikten, also nichts besonders politisch relevante Eigeninitiativen.

Exekutive Dominanz ist auch bei einer anderen zentralen Parlamentsfunktion festzustellen, beim Budgetrecht. Der staatliche Haushaltsentwurf wird von Hunderten von Experten im Finanzministerium, also der

Exekutive, ausgearbeitet und dann dem Parlament zur Beratung weitergeleitet. Das Parlament ist mit der Durchsicht und Modifizierung vollkommen überfordert. Wie im Bereich der Gesetzgebung fehlen qualifizierte Beraterstäbe, die den Abgeordneten zuarbeiten und die das vorgelegte Zahlen- und Datenmaterial prüfen und auswerten. Zusätzlich wird es von der Exekutive (z.B. der Präsidentin auch noch unter Druck gesetzt, jetzt "endlich zuzustimmen" und die Planungssicherheit bzw. die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch zuviel Änderungswünsche zu blockieren. Wegen der genannten Probleme ändert das Parlament weniger als 1 Prozent des Regierungsentwurfs für den staatlichen Haushalt. So hat es das Parlament bis heute nicht geschafft, die Mittel für den eigenen Haushalt, also die Finanzierung dringend erforderlicher fachlich qualifizierter Mitarbeiter für die Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüsse, nachhaltig zu erhöhen.

Wenn man sich also die Ausübung der Funktionen vergegenwärtigt, kann man zu dem Fazit gelangen, dass das Parlament de jure stark, de facto jedoch schwach ist. Solange die genannten Schwächen nicht geändert werden, wird die Politik in Indonesien auch in den kommenden Jahren stark vom Präsidenten bzw. der Präsidentin bestimmt werden.

6. Fazit

Für die Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses in Indonesien ist das Machtverhältnis zwischen Exekutive und Legislative deswegen von Bedeutung, weil im Gegensatz zu einem exekutivlastigen Autoritarismus in einer neu entstandenen Demokratie die Macht zwischen Exekutive und Legislative mittels unterschiedlicher Funktionen gleichgewichtig verteilt sein sollte. Diese sind jedoch in einem präsidentiellen Regierungssystem anders als in einem parlamentarischen.

Derzeit scheinen sich die politischen Akteure, vor allem bezüglich der Funktionen des Parlaments, noch nicht darüber im klaren zu sein. Daher wäre es wünschenswert, wenn das Parlament sich stärker auf seine

Funktionen im Bereich der Gesetzgebung und der Bestimmung des Staatshaushalts konzentrieren würde. Ein weiterer Schritt in Richtung demokratischer Stabilisierung wäre ein System der „checks and balances“, in der das Machtverhältnis klar durch konstitutionelle Vorgaben geklärt ist und in der keiner der Staatsinstitutionen ein allzu großes Übergewicht besitzt.

Durch das mittels der Verfassungsänderungen eingeführtes praesidentielles System ab 2004 stehen die Chancen wieder besser, dass das Verhältnis der Staatsinstitutionen zueinander eindeutiger definiert ist.

Nachteile des Parlamentarismus (de facto in Indonesien 1999-2004)	Vorteile des Präsidentialismus (in Indonesien ab den Wahlen 2004)
Instabilität durch die Möglichkeit der jederzeitigen Abwahl der Regierung	Stabilität durch feste Amtszeit der Regierung
Zuviel Konsens führt zur politischen Stagnation	Klare und zukunftsweisende Entscheidungen eher möglich
Wahl von Parteilisten ohne persönlichen Bezug	Persönlichkeitswahl und Identifikation mit dem Präsidentschaftskandidaten möglich
Keine Direktwahl und damit keine direkte Verantwortlichkeit des Regierungschefs	Verantwortlichkeit des Präsidenten gegenüber seinen Wählern (muss selbst umsetzen, was er versprochen hat)
Im Parlamentarismus weiß der Wähler nicht immer, welche Regierung er mit seiner Stimme wählt (Italien, Belgien, FDP). Koalitionswechsel während der Legislaturperiode können Wählerwillen verzerren	„Optimale“ Mischung aus direkter Verantwortlichkeit (Präsident) und breiter Repräsentation (Parlament)
Entmündigung des Wählers durch Parteien - Fragmentierung des Parteiensystems bei Verhältniswahlrecht	Geringere Bedeutung von Parteiensystemen in Präsidentsystem
Nachteile des Präsidentialismus (in Indonesien ab den Wahlen 2004)	Vorteile des Parlamentarismus (Gegenargumente zum Präsidentialismus ab 2004)
Feste Amtszeit des Präsidenten lässt keinen Raum für Veränderungen. Unfähige oder korrupte Präsidenten können nur schwer abgewählt werden	Jederzeitige Abwahl des Regierungschefs durch Misstrauensvotum ist möglich. Flexibilität gegenüber politischen Entwicklung
Tendenz eines direkt gewählten Präsidenten, Verfassungsgrenzen zu überschreiten (Machtmissbrauch)	Kein Machtmissbrauch durch Regierungschef, da Abhängigkeit vom Parlament
Machtmissbrauchsgefahr: Präsident muss keine Kompromisse machen (Demokratiedefizit)	Koalitionsbildungen üblich (Kompromisse)
geteilte Legitimität: Sowohl Präsident als auch Parlament sind demokratisch gewählt: Wer spricht für das Volk?	nur eine demokratische Legitimation: Klarheit, wer das Volk vertritt (Parteien)
Größere Gefahr von Fehlbesetzungen im Präsidentenamt: Unerfahrene Außenseiter und Populisten können leicht Präsident werden (z.B. Estrada)	Nur erfahrene, konsensfähige Kandidaten werden von Parteien zum Regierungschef gewählt
Oft geringe Mehrheit für Präsident in Wahlen (z.B. George W. Bush), dafür aber große Macht	Klare Aufteilung der Mehrheitsverhältnisse durch proportionale Repräsentation
Direkte Legitimation durch das Volk führt zu populistischer Politik des Präsidenten	Indirekte Legitimation des Regierungschefs führt eher zu konsensorientierter Politik
Konflikt ist immer möglich, kein demokratisches Prinzip die Gridlock-Problematik zu lösen (Armee als möglicher Mediator)	Keine Gridlock-Problematik (Uneinigkeit zwischen Präsident und Parlament), da Gewaltenschränkung zwischen Regierung und Parlament

Die religiöse Dimension ethnischer Konflikte in Indonesien – Das Beispiel Osttimor

von Manuel Schmitz

Blutige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen brachten Indonesien in den letzten Jahren immer wieder in die Schlagzeilen der internationalen Presse. Die Auseinandersetzungen zwischen Dayak und Maduresen im Jahre 1996 bildeten den Auftakt einer ganzen Welle von ethnisch motivierter Gewalt in vielen Regionen des Riesenreiches: die antichinesischen Pogrome von 1998, die Streitigkeiten zwischen Loli und Wewewa auf der Insel Sumba im gleichen Jahr, 1999 die Kämpfe zwischen Muslimen und Christen auf den Molukken. Nicht zu vergessen die Konflikte in Aceh, Irian Jaya und Osttimor, die am Ende der Ära Suharto erneut aufbrachen und die Republik Indonesien in ihren Grundfesten erschütterten.

Bei all diesen Konflikten handelt es sich um gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb eines Staates, in denen zumindest eine Konfliktpartei, sich kulturell definiert. Für diese Art bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen hat sich in den letzten Jahren der Oberbegriff „ethnische Konflikte“ durchgesetzt. Ethnische Konflikte können unterschiedliche Ursachen haben, jedoch werden erstaunlich oft religiöse Unterschiede als eine Erklärung herangezogen, so auch in vielen der oben genannten Beispiele.

Die Erklärung für einen ethnischen Konflikt ist dann zumeist Ethnie XY ist christlich, Ethnie ZW ist muslimisch, und die unterschiedliche Religion führt zum Streit. Ein christlicher Osttimorese (oder Dayak) ist anders als ein muslimischer Javaner (oder Madurese) und allein weil sie anders sind, kommt es zum Zwist zwischen ihnen. Die Konfliktursache wird also auf unterschiedliche religiöse Identitäten zurückgeführt. Eine solche Sichtweise findet sich in vielen Medienberichten und erscheint zunächst plausibel, lassen sich weltweit doch genügend Beispiele für religiösen Hass und Fanatismus finden.

Eine solche Argumentation übersieht jedoch, dass die Ursachen der Auseinandersetzungen auch in unterschiedlichen bzw. gleichen Interessen der Beteiligten liegen können. Konfliktstoff zwischen verschiedenen Ethnien kann sich zum Beispiel daraus ergeben, dass verschiedene Volksgruppen um dieselben Stellen auf dem lokalen Arbeitsmarkt kämpfen. Lassen wir den Aspekt der unterschiedlichen Interessen im Folgenden jedoch beiseite und konzentrieren uns auf die Frage unterschiedlicher Identitäten, insbesondere dem Aspekt der Religion.

Wie sieht es denn nun im konkreten Einzelfall aus? Nehmen wir das Beispiel Osttimor. Zunächst lässt sich feststellen, dass im Falle Osttimors eine christliche Bevölkerung – heute sind 95 Prozent der Osttimoresen Katholiken - einer Besatzungsmacht gegenüber stand, die zu einem Großteil aus Indonesiern muslimischen Glaubens bestand. Beide Konfliktparteien unterschieden sich hier, wie in anderen ethnischen Konflikten Indonesiens, in ihrer Religion. Folgt nun daraus, dass dies im Kern ein religiöser Konflikt war? Dass Religion eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen spielte? Ging es den Osttimoresen darum ihre religiöse Identität zu verteidigen?

Interessant ist zunächst, dass sich Mitte der siebziger Jahre nur ein Drittel der Osttimoresen der katholischen Kirche angehörten. Während der vierhundertjährigen Herrschaft der Portugiesen gab es natürlich christliche Missionierungsversuche, doch diese waren von begrenztem Erfolg. Am Ende der Kolonialzeit hing ein Großteil der einheimischen Bevölkerung noch animistischen Glaubensvorstellungen an. Für die Mehrheit der Osttimoresen war der römisch-katholische Glaube nur von geringer Bedeutung in ihrer Lebenswelt.

Die Situation heute stellt sich anders dar. Heute, nach einem Vierteljahrhundert indonesischer Besatzung, bekennt sich nicht nur eine überwältigende Mehrheit der

Osttimoresen zum Christentum (ca. 95 Prozent), der Glaube ist auch ein zentraler Bestandteil der kollektiven Identität der Osttimoresen geworden. Es scheint, dass das religiöse Bekenntnis nicht den Konflikt formte, sondern der Konflikt das Bekenntnis. Religiöse Identität nicht Ursache, sondern Folge eines Konflikts war. Für die Christianisierung der Osttimoresen lassen sich mehrere Gründe anführen:

Zum einen das gewandelte Selbstverständnis der katholischen Kirche in Osttimor. Durch die Brutalität der indonesischen Besatzung, den mit aller Härte – auch gegen die Zivilbevölkerung – geführten Anti-Guerillakrieg des indonesischen Militärs, der teilweise Formen des Völkermordes annahm, wurde die katholische Kirche in Osttimor gezwungen ihre Rolle innerhalb der osttimoresischen Gesellschaft zu überdenken. Unter den Portugiesen war die Kirche Vertreter des Kolonialstaates gegenüber der Bevölkerung. Unter den Indonesiern wurde sie zum Anwalt osttimoresischer Anliegen und Interessen.

Die Bevölkerung auf der anderen Seite war gezwungen, sich zu einer der fünf vom indonesischen Staat anerkannten Religionen zu bekennen. Die meisten Osttimoresen waren Animisten, doch dies war keine anerkannte Religion, sie waren somit gewissermaßen gottlos, und gottlos wurde im Indonesien schnell mit kommunistisch gleichgesetzt. Als Osttimorese war man gut daran beraten, zum Katholizismus überzutreten, wollte man nicht als gottloser Kommunist und damit Regimefeind dastehen. Interessanterweise gab es jedoch keine Bemühungen seitens der Regierung die Osttimoresen zum Islam zu bekehren. Das Regime der Neuen Ordnung betrachtete islamische Kräfte mit Skepsis und fürchtete einen militanten Islam. Es gab somit keine Anstrengungen einer muslimischen Mission. Im Gegenteil, zunächst stand die indonesische Regierung einer Katholisierung der Osttimoresen positiv gegenüber, hatte sich die katholische Kirche Indonesiens doch bisher immer als einfacher Partner erwiesen.

Die Kirche war zudem auch die einzige gesellschaftliche Institution, die wenigstens

begrenzten Schutz vor dem Militär bot. Die Kirchen waren ein Ort an dem Osttimoresen zusammenkommen konnten, über andere Orte in denen sie sich versammeln konnten, verfügten sie während der Zeit der Besatzung nicht mehr. Nur unter dem Dach der Kirche konnte sich somit ein osttimoresisches Gemeinschaftsgefühl entwickeln.

Wichtig für dieses Gemeinschaftsgefühl war auch die Sprache. Unter portugiesischer Herrschaft war die Sprache der Kirche, in der zum Beispiel Messen gelesen wurden, Portugiesisch. 1981 verboten die Indonesier jedoch den Gebrauch des Portugiesischen, da es in den ersten Jahren des Unabhängigkeitskampfes zur Sprache des Widerstandes geworden war. Messen wurden von nun an jedoch nicht in Bahasa Indonesia, sondern in Tetum (Tetun) gehalten. Tetum, eine Art lokaler lingua franca Osttimors, war bis Anfang der achtziger Jahre nur begrenzt verbreitet. Erst durch die Entscheidung der Kirche es zu ihrer Amtssprache zu machen, wurde Tetum zu einer Art Nationalsprache der Osttimoresen.

Nicht vergessen werden darf auch, dass es zu einer Art stiller Allianz zwischen der Widerstandsbewegung Fretelin, die indonesischer Propaganda zufolge ein Haufen von gottlosen Kommunisten war, und der katholischen Kirche kam. Zwar war die katholische Kirche darauf bedacht einen gewissen Abstand – zumindest offiziell – gegenüber dem bewaffneten Widerstand zu demonstrieren, doch vor Ort, in den Gemeinden Osttimors, stand man auf der gleichen Seite.

Als letzten Punkt soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Kirche die Hauptquelle für Informationen aus und über Osttimor neben der indonesischen Propaganda war. Osttimor war bis Ende der achtziger Jahre weitgehend abgeriegelt vom Rest der Welt. Abgesehen von wenigen Berichten geflohener Osttimoresen gelang nur wenig von den Zuständen auf der Insel an die Weltöffentlichkeit. Was bekannt wurde, stammte zumeist aus kirchlichen Quellen. Die Kirche sammelte durch ihre Priester in den Gemeinden Informationen vor Ort, schmug-

gelte Briefe und Berichte außer Landes und lokale Amtsträger, wie Bischof Belo, thematisierten das Leiden der Osttimoresen in Interviews mit ausländischen Journalisten. Auf internationaler Ebene nahmen sich kirchliche Basisgruppen weltweit des Themas an. All dies führte dazu, dass das Thema Osttimor in der Weltöffentlichkeit, so sie sich denn dafür interessierte, zunehmend mit der Frage der Religionsfreiheit verknüpft wurde. Der Konflikt stellte sich nach außen im Laufe der Zeit somit als ein Religionskonflikt dar.

Das Beispiel Osttimor zeigt, dass es bei der Betrachtung ethnischer Konflikte sinnvoll sein kann, unterschiedliche Identität nicht nur als Konfliktursachen zu sehen, sondern auch zu untersuchen, wie sich politische Konflikt auf Identitäten auswirken. Nur dann kriegen wir ein vollständiges Bild ethnischer Konflikte und können Rückschlüsse auf deren Lösung ziehen.

Suhartos „Chinesenproblem“: Die Chinesenpolitik der Neuen Ordnung

von Christian Chua-Franz

1963 revidierte Sukarno auf einem Baperki-Kongress seine Vorstellung der indonesischen Nation in Bezug auf die Indonesier chinesischer Herkunft:

„... ‚suku‘ bedeutet Bein. Die indonesische Nation hat viele Beine, so wie ein Tausendfüßler, der ein javanisches Bein, ein sundanesisches Bein, ein Sumatra-Bein, ein Irian-Bein, ein Dayak-Bein, ein balinesisches Bein, ein Sumba-Bein und ein peranakan-chinesisches Bein besitzt. Das Peranakan-Bein ist eines der Beine der indonesischen Nation.“

Damit wurden die „Chinesen“¹ Indonesiens erstmalig vom damaligen Präsidenten explizit auf die Stufe einer gleichwertigen indonesischen Ethnie gehoben. Hätte sich diese Vorstellung durchsetzen können, wären die ca. 6 Mio. Sino-Indonesier heute ebenso vollwertige Indonesier wie die meisten anderen ethnischen Gruppen dieses Vielvölkerstaates. Dass Sukarnos Vision nur ein irrealer Wunschtraum blieb, zeigte sich zuletzt 1998 in drastischer Art und Weise: Mit massiven antichinesischen Ausschreitungen und Massenvergewaltigungen chinesischer Frauen und Mädchen wurde der chinesischen Minderheit auf ein Neues verdeutlicht, welcher Platz in der indonesischen Gesellschaft zukommt. Selten waren die Chinesen weiter davon entfernt, den „Pribumi“/Einheimischen-Status zu erhalten, am Ende der Neuen Ordnung.

In diesem Artikel sollen nun die Grundzüge der Chinesenpolitik der Neuen Ordnung skizziert werden.² Gezeigt werden soll, wie

es Suhartos Regierung gelang, die als „Non-Pri“ definierten Chinesen als Gegenpol zu den Pribumis zu verankern und sie so zu marginalisieren, dass ein Mai 98 möglich wurde.

Zwangsassimilierung

Suharto versprach sich, durch eine erzwungene totale Assimilation, dem sog. *program pembauran*/Assimilationsprogramm, das „Chinesenproblem“ lösen zu können. Als Begründung für die Zwangsassimilierung wurde angeführt, dass die Chinesen inkompatibel zum indonesischen Volk wären und ein Problem für die nationale Integration und Einheit darstellten. Als Beleg dafür mussten die antichinesischen Ausschreitungen herhalten. Die Chinesen seien also selbst an dem „Chinesenproblem“ schuld, und ihre *Chineseness*, ihre kulturelle Andersartigkeit, stelle das Haupthindernis für einen ethnischen Frieden im Inselreich dar. Die Machtübernahme Suhartos markierte daher für die Chinesen den Beginn eines umfassenden kulturellen Genozids. Alles, was der Aufrechterhaltung chinesischer Identität dienen konnte, wurde eliminiert. Chinesische Namen, Religionen, Traditionen, kulturelle Ereignisse und Sprache durften nicht mehr

¹ „Chinesen“ ist im folgenden immer in Anführungszeichen zu betrachten. Gemeint sind damit die Indonesier, deren Vorfahren in den letzten vier Jahrhunderten einwanderten und die sich selbst als Chinesen definieren

² Grundlage dieses Aufsatzes sind vor allem Coppel, Charles 1983: *Indonesian Chinese in Crisis*, Singapore u. Kuala Lumpur: Oxford University Press; Heidhues, Mary F. Somers 1974: *Southeast Asia's Chinese Minorities*, Melbourne: Longman; Heyanto, Ariel 1998: „Ethnic Identities and Erasure. Chinese Indonesians in Public Culture“, in: Kahn, Joel S. (Hg.):

Southeast Asian Identities: Culture and the Politics of Representation in Indonesia, Malaysia, Singapore, and Thailand, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, S. 48-65; Heryanto, Ariel 1999: „Rape, Race, and Reporting“, in: Budiman, Ariel/Hateley, Barbara/Kingsbury, Damien (Hg.): *Reformasi. Crisis and Change in Indonesia*, Clayton: Monash Asia Institute, S. 299-334; Suryadinata, Leo 1986: *Pribumi Indonesians, the Chinese Minority and China. A Study of Perceptions and Policies*, 2. Aufl. (Erstausgabe: 1978), Singapore: Heinemann Asia; Tan, Mely G. 1991: „The Social and Cultural Dimensions of the Role of Ethnic Chinese in Indonesian Society“, in: *Indonesia. The Role of the Indonesian Chinese in Shaping Modern Indonesian Life*, Sonderausgabe, Ithaca: Cornell Southeast Asia Program, S. 113-125. Da hier weitgehend auf Fußnoten verzichtet wird, siehe ausführliche Literaturnachweise: Chua-Franz, Christian 2002: *Indonesiens Chinesen. Konstruktion und Instrumentalisierung einer ethnischen Minderheit*, Hamburg: IFA, S. 125 ff.

existieren, ihre Presse, Organisationen und Schulen wurden verboten:

Die Volksversammlung untersagte 1966 die Benutzung chinesischer Sprache, Schriftzeichen und Medien. Die Zeichen an chinesischen Geschäften verschwanden. Chinesische Zeitungen, Literatur und Schriftstücke wurden verboten und unterlagen den gleichen Einfuhrrestriktionen wie Pornographie, Waffen, Drogen oder Sprengstoff.³ Selbst im Privaten traute man sich nicht mehr, Chinesisch zu sprechen. Es wird berichtet, dass Menschen auf offener Straße geohrfeigt wurden, wenn man sie dabei „erwischt“, eine Unterhaltung auf Chinesisch geführt zu haben. Telefongespräche wurden überwacht und Konversationen auf Chinesisch unterbrochen.

Wie akribisch die Regierung vorging, um die *Chineseness* der chinesischen Minderheit völlig auszulöschen, symbolisierten weitere Maßnahmen wie das Verbot des Verkaufs von chinesischem Neujahrsgebäck, des chinesischen Drachentanzes/*barongsai* oder gar von indonesischen Theaterstücken, die an chinesische Fabeln angelehnt waren.

Alle Organisationen der chinesischen Minderheit wurden aufgelöst, womit sie des Hauptelementes ihrer sozialen Kohäsion entledigt wurde. Ihre Schulen wurden im Juli 1966 geschlossen. Damit wurden die drei Säulen chinesischer Gemeinschaft und Identität vernichtet: Schulen, Presse und Organisationen. Zusammen mit den anderen gegen die *Chineseness* gerichteten Bestimmungen und Maßnahmen fand damit eine radikale erzwungene Indigenisierung der Chinesen statt. Ergebnis dieser Politik der totalen Assimilation war die Auslöschung der chinesischen Kultur.

Marginalisierung

Resultat der Assimilationspolitik hätte ein völliges Aufgehen der chinesischen Minderheit in der einheimischen Mehrheit sein können, keine Diskriminierung mehr

aufgrund der Herkunft, Gleichbehandlung und -berechtigung auf allen Feldern. Es hätte weit mehr sein können als das bloße Abtöten chinesischer Kultur, nämlich ein tatsächlicher Lösungsweg für das „Chinesenproblem“, für ein Verschwinden der Chinesen als ethnische Minderheit, für ihre – wenn auch erzwungene – Integration in die indonesische Nation.

Doch dieses war gar nicht gewollt. Suhartos Regierung hatte überhaupt keine vollständige Assimilation der Chinesen im Sinn. Viele Bestimmungen, die zum Teil heute noch gelten, konterkarierten die offizielle *pembauran total*-Politik: Der Personalausweis von Indonesiern chinesischer Herkunft trug einen bestimmten Code, auf der Geburtsurkunde ist ihre chinesische Abstammung vermerkt, sie mussten stets einen Bestätigungsbrief über den rechtmäßigen Erwerb der indonesischen Staatsangehörigkeit mit sich führen. Diese Kennzeichnung öffnete behördlicher Willkür Tür und Tor: Wer einen chinesischen Namen hat und/oder chinesisch aussieht bzw. durch die amtlichen Dokumente als Chinese entlarvt werden kann, bezahlt höhere Gebühren oder Bestechungsgelder. Dieses zeigt, wie wenig Assimilierungsbemühungen wie z.B. die Namensänderung für einen Rückgang der Diskriminierungen gesorgt haben.

Auch der Zugang zu staatlichen Universitäten wurde für chinesische Indonesier beschränkt. Zumeist liegt die Chinesenquote bei 10%, was – aus *Pribumi*-Perspektive – angesichts ihres Bevölkerungsanteil verständlich und angesichts ihrer im Vergleich zu *Pribumis* weit höheren Bereitschaft und finanziellen Möglichkeiten für ein Studium angebracht ist, aber einer Assimilation anstrebenden Politik total zuwiderläuft. Viele sino-indonesische Eltern zogen und ziehen es daher vor, ihre Kinder ins Ausland zu schicken, zumal durch speziell für Chinesen erhebliche, durch zusätzliche Bestechungsgelder oft noch mehr in die Höhe getriebene Studiengebühren ein Auslandsstudium oft der günstigere Weg ~~war und ist~~ ^{war und ist} für ihnen der freie Weg auf den Arbeitsmarkt versperrt. Für Chinesen

³ Noch immer befindet sich ein dementsprechender Hinweis auf dem Einreiseformular nach Indonesien.

bestanden zumeist ungeschriebene und unausgesprochene Barrieren, die sie von vielen Berufen, dem öffentlichen Dienst, der Armee, dem Parlament, der beratenden Volksversammlung und der Regierung ausschlossen: Mit Berufsbeschränkungen sollten die Chinesen auf wirtschaftliche Funktionen begrenzt werden, um damit das Vorrecht der *Pribumis* auf Jobs im Staatsdienst oder dem Militär zu sichern. In eine höhere militärische oder politische Position rückte von 1966 bis 1997 kein Sino-Indonesier vor.

Drei Folgen hatten diese Diskriminierungen: 1. Die Chinesen wurden stigmatisiert. Verschwand ihre *Chineseness* einerseits durch die Eliminierung ihrer Kultur, wurde sie andererseits aufrechterhalten durch ihre Brandmarkung als Chinesen in Ausweisen, Zulassungsquoten oder Berufszugängen. 2. wurde die chinesische Minderheit durch diese Diskriminierungen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sie blieben Bürger zweiter Klasse, der Status, der eigentlich durch die Assimilationspolitik zu beseitigen war. Stillschweigend verhinderte die Neue Ordnung die von ihr selbst propagierte Assimilation der Chinesen. Ihre soziale Paria-Stellung konnte nur durchgesetzt werden, da sie immer noch als Chinesen sichtbar waren. Somit entlarvt sich Suhartos Assimilationspolitik als bloßes Unterdrückungsinstrument. Und 3. waren sie de facto vogelfrei, antichinesische Übergriffe hatten meist keine juristischen und selten moralische Konsequenzen, schon alleine, da den Opfern keine Artikulationsmöglichkeit mehr gegeben war.

Bezeichnend dafür war die 1967 erlassene Regelung, die anwies, die Chinesen wieder mit dem pejorativen Wort „Cina“ statt dem bis dahin üblichen wertfreien „Tionghoa“ zu bezeichnen. Die Umsetzung dieser Entscheidung erfolgte umfassend, und ethnische Chinesen, nicht nur solche mit chinesischer Staatsbürgerschaft, wurden fortan als „orang Cina“ bezeichnet. Dieses verletzte nicht nur die Gefühle der Sino-Indonesier, sondern legitimierte rassistische Beleidigungen gegen die Chinesen von höchster Stelle. Ihre Outcast-Stellung

manifestierte sich somit auch in der Sprache.

Die wirtschaftliche Rolle der Orang Tionghoa

Diese Ausgrenzung geschah nicht ohne Grund. Mit einer derartig marginalisierten Gruppe konnte die Neue Ordnung ihre Vorstellung von Wirtschaftspolitik verwirklichen. Offiziell wurde ein Protektionismus zugunsten der *Pribumis* propagiert. Tatsächlich aber bildeten sich schon Ende der 60er mächtige symbiotische Beziehungen zwischen reichen Chinesen und der Machtelite heraus. Dieser sog. *Cukongismus* war die von Mitgliedern der Machtelite ermöglichte Umgehung von selbst aufgestellten Regelungen.

Die Vorteile für beide lagen auf der Hand: Für die gewünschten Investitionen mangelte es den Machthabern an Geld, den Chinesen aber an politischen und gesellschaftlichen Freiräumen. Die chinesischen Tycoons besaßen nun mächtige Beschützer und Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung, während die politischen Machthaber und ihre Familien einen starken ökonomischen Einfluss bekamen. Das Paradebeispiel dafür und Versinnbildlichung dieser Symbiose war Präsident Suharto selbst: Mit Hilfe seines chinesischen Freundes und Partners Liem Sioe Liong gelang es ihm und seinem Clan, ein privates Wirtschaftsimperium aufzubauen, während der als mittelloser Immigrant nach Indonesien eingewanderte Liem zum reichsten Mann Indonesiens aufsteigen konnte.

Profiteure auf chinesischer Seite waren die großen chinesischen Unternehmer, nicht die gesamte chinesische Minderheit. Dennoch gelang es Suharto, die Chinesen in ihrer Gesamtheit pauschal als der wirtschaftlichen Entwicklung des indonesischen Volkes entgegenstehend zu kennzeichnen und sich als Verteidiger der Rechte der *Pribumis* gegen die „ökonomisch starke Gruppe“, sprich: Chinesen, zu stilisieren. Schon allein die Wortwahl führte dazu, dass die ökonomische Kluft zwischen Reich und Arm als ethnische Kluft zwischen Chinesen und *Pribumis* perzipiert wurde: Statt der Unterscheidung zwischen

Pribumi und *Non-Pribumi*, die 1984 offiziell aufgehoben wurde, um – so hieß es – Diskriminierungen zu erschweren, wurde zwischen „ökonomisch schwachen“ und „ökonomisch starken“ Gruppen differenziert. Aber die neue Begrifflichkeit übernahm von Anfang an die Funktion der alten Unterscheidung und verschärfte zudem noch den Eindruck, dass alle Angehörigen der chinesischen Minderheit reich und mächtig wären. Damit gelang es der Neuen Ordnung, ein Phänomen mit originär nicht ethnischen Hintergrund zu ethnisieren.

Dieses Bild von den wirtschaftlich übermächtigen Chinesen, das sich in der ständig wiederholten Behauptung, „3% Chinesen kontrollieren 70% der indonesischen Wirtschaft“ widerspiegelte, wurde von der Neuen Ordnung regelrecht gepflegt: Ein Beispiel dafür war das Treffen Suhartos mit 31 Bossen der größten Konglomerate, alle bis auf zwei chinesischer Herkunft, auf seiner Farm in Tapos 1990. Unter großem medialem Interesse forderte er sie auf, mehr Verantwortung für die indonesische Gesellschaft zu zeigen und 25% ihrer Unternehmen an indonesische Kooperativen zu übertragen, um die soziale Kluft zu schließen. Das Ergebnis – am Ende blieb die Abgabe von einem Prozent – war relativ unbedeutend in Anbetracht der Wirkung dieses Ereignisses: Suharto konnte sich damit nicht nur verbal vom *Cukongismus*, worin er selber massiv involviert war, distanzieren, sondern auch die Rolle der Chinesen als 1. unverhältnismäßig mächtig und privilegiert und 2. als für die soziale Ungerechtigkeit verantwortlich beschreiben.

Als politisch und gesellschaftlich marginalisierte Außenseiter, zu denen sie sich in der Neuen Ordnung verstärkt entwickelt hatten, konnten sich die Chinesen nicht gegen dieses Bild von ihnen zur Wehr setzen. Sie waren der Neuen Ordnung ausgeliefert und mussten es sich gefallen lassen, als Sündenböcke missbraucht zu werden. In dieser Funktion ließen sie sich verschiedenartig instrumentalisieren.

Zum einen konnte ihnen die Schuld an der Misere der *Pribumis* gegeben werden: Alleine durch ihre ausbeuterischen Prak-

tiken ließe sich das soziale Gefälle in Indonesien erklären. So gelang es, die Unzufriedenheit der machtlosen Massen von den Machthabern fernzuhalten und auf die chinesische Minderheit abzulenken. Zum anderen wurden so auf einfache Weise hausgemachte Probleme verschleiert: Zu Beginn der Wirtschaftskrise Ende 1997 konnte der Verfall der indonesischen Währung mit dem Wucher der chinesischen Händler erklärt werden, die aus der Sicht der einheimischen Konsumenten als Endverkäufer vor allem von Grundnahrungsmitteln unmittelbar für die Preissteigerungen verantwortlich zu sein schienen. Des Weiteren wurde so die Ausbildung eines Klassenbewusstseins, welches sich unweigerlich auch gegen die einheimische Bourgeoisie gerichtet hätte, verhindert. Die Wahrnehmung der sozialen Ungerechtigkeit als ein ethnischer Konflikt zwischen schwachen *Pribumis* und starken Chinesen gefährdete die *Pribumi*-Elite nicht; sie wurde sogar von dem Begriff „wirtschaftlich schwache Gruppe“ mit eingeschlossen, seit diese Bezeichnung Synonym für *Pribumis* geworden ist.

Und schließlich ließen sich die Chinesen als ein Element zur Machtsicherung benutzen. Die auf den ersten Blick inkohärenten wirtschaftspolitischen Maßnahmen Suhartos weisen auf eine gewichtige Motivation hin. Gegenteilig zur offiziell verlautbarten Politik ging es letzten Endes um die Verhinderung einer breiten einheimischen Mittelschicht. Denn diese hätte, anders als die chinesischen Outcasts, das moralische Recht und das Potenzial gehabt, mehr Mitspracherechte zu fordern oder gar das Suharto-Regime infragezustellen. Eine entsprechende einheimische Unternehmerschaft wäre nicht dermaßen schwach gewesen wie die wehrlosen chinesischen Parias.

Antisinitische Ausschreitungen waren daher im Interesse des Regimes: Sie reproduzierten zum einen die chinesische Abhängigkeit vom Staat, zum anderen lenkten sie sonst gegen die Neue Ordnung gerichtete Kritik ab. Darüber hinaus gaben sie den Machthabern den Anlass zur Wiederherstellung der Ordnung durch das Militär, das dadurch seine Exis-

tenzberechtigung unterstrich, und zur Implementierung neuer Repressionen gegen die gesamte Bevölkerung. Außerdem diskreditierte antichinesische Gewalt das Anliegen der Masse nach größerer Teilhabe an der indonesischen Wirtschaft.

Der Antisinitismus war damit ein wichtiger Pfeiler des Suharto-Regimes, der es der Neuen Ordnung ermöglichte, die indonesische Gesellschaft in einer ethnisch geteilten *Plural Society* zu belassen, die sich leichter beherrschen ließ. Der *Cukongismus* entpuppt sich so als Weiterführung kolonialer Wirtschaftspraktiken; die Rolle der holländischen Kolonialherren, die die Chinesen als auf die Ökonomie beschränkte *Middlemen* zu beiderseitigem wirtschaftlichen Vorteil benutzt hatten, übernahmen nun die Machthaber der Neuen Ordnung. Auch die gesellschaftliche Position der indonesischen Masse verhielt sich ähnlich: Der ihnen als „Einheimische“ zugestandene Anspruch, die Ökonomie Indonesiens zu kontrollieren, beschränkte sich zumeist nur auf verbale Äußerungen der Elite, spiegelte sich aber keinesfalls in ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Situation wider. Das *divide-et-impera*-Prinzip der Holländer, das die koloniale Gesellschaft ethnisch segregierte, fand seine Fortsetzung im Indonesien der Neuen Ordnung.

Fazit

Betrachtet man diese Politik, erkennt man lauter vermeintliche Paradoxien: Einerseits wurde ihre totale Assimilation verlangt, andererseits wurden sie durch diskriminierende Maßnahmen als Chinesen stigmatisiert. Einerseits erhielten die Chinesen wirtschaftliche Möglichkeiten wie nie zuvor, andererseits wurden sie zu gesellschaftlichen Parias. Einerseits sollten sie ihre ethnische Solidarität durch Auslöschung ihrer *Chineseness* verlieren, andererseits wurde ihr Gruppengefühl durch Ausschreitungen, Anfeindungen und Diskriminierungen aufrechterhalten.

Bedenkt man, wie sehr die Machtelite der Neuen Ordnung selbst von ihrer Chinesenpolitik profitierte, lässt sich diese Politik zwar als inkonsistent, aber dennoch als

zielgerichtet charakterisieren. Durch die Eliminierung der chinesischen Kultur, zusammen mit ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung und der Fortsetzung der kolonialen Teile-und-herrsche-Politik, befanden sich die Chinesen in einer äußerst unsicheren und ungeschützten Position, die sie unter die Fittiche der Machthaber trieb. Genau dahin wollte die indonesische Elite sie haben: Eine vollständige Assimilation als Zustand war daher zu verhindern, eine Assimilierung als Prozess, der sie marginalisierte, zu erzwingen.

Die Regierung der Neuen Ordnung gab den Chinesen Schutz und relative ökonomische Freiheiten, benutzte sie im Gegenzug aber als Sündenböcke und Finanziere, um einerseits die Verantwortung für Probleme abzuschieben zu können und andererseits eigene ökonomische Interessen zu verfolgen. Wirtschaftliche Stärke der politisch wehrlosen Chinesen konnte das System und Suhartos Macht nicht gefährden. Im Gegenteil, sie half der Neuen Ordnung, die Entstehung einer – politisch potenziell einflussreichen – *Pribumi*-Mittelschicht zu verzögern.

So stellte die Chinesenpolitik Suhartos keineswegs – noch nicht einmal vom Anspruch her – einen Lösungsweg für das „Chinesenproblem“ dar, sondern blieb das, wofür sie auch eigentlich vorgesehen war: Ein Mittel zur Eliminierung der *Chineseness* und damit ein weiteres Instrument zur Unterdrückung und zur weiteren Marginalisierung der Chinesen in Indonesien, um die Möglichkeit zu haben, sie als ethnische Minderheit zu stigmatisieren und als Sündenbock zur Machtsicherung zu benutzen.

Die Situation der chinesischstämmigen Indonesier in Indonesien seit 1998: Zwischen neuer Freiheit und alter Gefährdung

von Christine Winkelmann

1. Die Ausschreitungen vom Mai 1998

Bereits vor den großen Ausschreitungen im Mai 1998 kam es 1997 und in den ersten Monaten von 1998 in zahlreichen Städten zu Übergriffen gegen die chinesischstämmige Minderheit, in der Regel Geschäftsbesitzer, und zur Plünderung und Brandstiftung ihrer Geschäfte.¹ Bereits bei diesen Vorfällen deutete sich an, daß nicht etwa eine Menge verarmter Menschen spontan ihren Hunger gestillt hatte, sondern daß die Ausschreitungen von langer Hand organisiert worden waren. Als Drahtzieher wurden Teile des Militärs und/oder des Regierungsapparats genannt. Der Grund für dieses Aufstacheln war, daß sich der aufkommende soziale Unmut kontrolliert gegen die unliebsame Minderheit entladen und sich nicht gegen das Regime selbst wenden sollte, das durch Mißwirtschaft und Korruption die ökonomische Misere mit verursacht hatte.²

Den vorläufigen Höhepunkt erlebten diese Vorfälle im Mai 1998: Es kam in Jakarta, dem Vorort Bekasi, Surakarta, Bandung und Lampung zu Brandstiftung, Plünderung von Geschäften, Mord und Vergewaltigung. Zunächst wurden die Unruhen ökonomisch begründet: Auf Grund ökonomischer Ungleichheiten hätten unter Armut leidende Pribumi-Indonesier³ Geschäfte geplündert, die sich

nun einmal zufällig im Besitz der chinesischen Minderheit befanden. Ethnische Ungleichheit habe dabei angeblich keinerlei Rolle gespielt.⁴ Die ökonomische Erklärung greift vor dem rassistischen Hintergrund nicht nur zu kurz, sondern entspricht auch einfach nicht den Tatsachen.⁵ Inzwischen scheint relativ gesichert, daß die groß angelegten Unruhen im Mai 1998 von Teilen der Armee angezettelt worden waren. Als Indizien werden zum einen die politisch motivierten Vergewaltigungen in großem Ausmaß genannt, von denen man annimmt, daß sie nur vom Militär hätten inszeniert werden können. Zum anderen wurden die Unruhen von den Sicherheitskräften weitgehend geduldet. Letzteres findet Bestätigung in der Tatsache, daß an keinem Ort die Polizei einschritt, um Brandstiftung, Plünderung, Körperverletzung, Mord oder Vergewaltigung zu verhindern.⁶ Die Ausschreitungen vom Mai 1998 unterscheiden sich in einem wichtigen Merkmal von den vielen vorhergehenden: Es kam zu zahlreichen Vergewaltigungen und extremen sexuellen Übergriffen, z. T. mit Todesfolgen, die nur graduell ans Licht kamen.⁷

Als Reaktion auf die Ereignisse im Mai flohen ca. 100 000 bis 150 000 chinesischstämmige Indonesier ins Ausland, wobei sie nicht nur sich und ihre Familien, sondern auch ihren Besitz in Sicherheit brachten.⁸ Dies führte zu einem hohen

¹ Vgl. Shee 2000, S. 10 und S. 29-30 für eine Aufstellung der Ausschreitungen zwischen Januar und Mai 1998.

² Vgl. Far Eastern Economic Review, im folgenden FEER abgekürzt, vom 5.3.1998, siehe auch Coppel 2000, S. 434. Shee 2000 vertritt zwar auch die Ansicht, daß die Ereignisse vom Militär manipuliert worden sein können, weist aber stärker auf die ökonomische Not als Motiv für die Plünderungen hin. Vgl. Shee 2000, S. 16.

³ Mit diesem Begriff werden ethnische Indonesier in Abgrenzung zu chinesischstämmigen Indonesiern bezeichnet. Es ist jedoch klar, daß diese Abgrenzung objektiv nicht möglich ist und daher ausschließlich auf Selbst- und Fremddefinition basiert.

⁴ Vgl. Wichelen 2000, S. 38.

⁵ Vgl. Heryanto 1999, S. 314-315.

⁶ Vgl. Reid 2000, S. 426 und Siegel 1998, S. 81, 87 und 89.

⁷ Vgl. Shee 2000, S. 3. Siehe auch Heryanto 1999, S. 299, der darauf hinweist, daß es bereits in den Jahren 1946-47 während des Unabhängigkeitskrieges zu Vergewaltigungen gekommen sei.

⁸ Vgl. Suryadinata 2001, S. 507-509. Er spricht von 152 000 Flüchtlingen in dem kurzen Zeitraum vom 14. bis zum 20. Mai 1998. Siehe auch Coppel 2000, S. 433, der die Zahl der Flüchtlinge auf ca.

Kapitalverlust (genannt werden Zahlen zwischen zwölf Milliarden und 60 Milliarden US Dollar), der die Wirtschaftskrise noch verschärfte.⁹ Die Regierung Habibie verhielt sich in dieser Zeit recht zwi-espältig, und es mehrten sich Stimmen, die den chinesischstämmigen Indonesiern selbst die Schuld an den Vorfällen gaben. Man rief die unliebsame Minderheit dazu auf, Introspektion zu betreiben. So konnte man in der „Jakarta Post“ vom 30. Juli 1998 folgendes lesen: „Generally, however, the riots in [...] Jakarta (including the rapes) would not have happened in the first place had the Chinese shown greater sensitivity to indigenous people.“¹⁰

Die gegen die chinesische Minderheit gerichteten Vorfälle vom Mai 1998 bestätigten einmal mehr, daß Ethnizität im Zusammenleben der Menschen in Indonesien eine wesentlich größere Rolle spielte, als die offizielle Politik zu vermuten gab. Erneut fühlte sich die chinesische Minderheit in ihre stereotype ethnische Rolle gedrängt und mußte angesichts des ganz offensichtlich gescheiterten Assimilationssansatzes andere Wege finden, um ihre Zukunft in Indonesien zu gestalten.¹¹ Schon kurz nach den traumatischen Ereignissen kam es zu einer expliziteren Affirmation der eigenen Identität: Zeichen hierfür waren zahlreiche *Barongsai*-Aufführungen, die plötzliche Neuauflage des zu jenem Zeitpunkt noch immer verbotenen Buchs von Pramudya Ananta Tur „Hoakiao di Indonesia“ (Chinesen in Indonesien), die Bekenntnis zu chinesischen Vorfahren durch den damaligen Vorsitzenden der Nahdatul Ulama und späteren Präsidenten Abdurrahman Wahid und die Gründung

politischer Organisationen.¹² All dies wurde vor allem durch den Abtritt Suhartos am 21. Mai, den Antritt des Übergangspräsidenten Habibie und die Demokratisierung erleichtert. Im folgenden soll ein Überblick über Entwicklungen im rechtlichen, politischen und kulturellen Bereich seit 1998 gegeben werden.

2. Neue Entwicklungen seit 1998

2.1 Recht

Obwohl Habibie der Minderheit gegenüber recht ambivalent war, ergriff er bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit auch Maßnahmen, die der chinesischen Minderheit entgegenkamen. So wurde z. B. die Kodierung der Personalausweise bereits im August 1998 abgeschafft.¹³ Mit einer Präsidialverordnung (Inpres 26/1998) wurde die Unterscheidung von Pribumi und Nicht-Pribumi verboten, und die Beamten des Staates dazu angehalten, alle Staatsbürger Indonesiens gleich zu behandeln.¹⁴

Die Präsidialverordnung 4 /1999 (Inpres 4/1999) bekräftigte die bereits unter Suharto (Inpres No 56/1996) vorgenommene Abschaffung des „Surat Bukti Kewarganegaraan Republik Indonesia“ (Nachweis der indonesischen Staatsbürgerschaft) bei den verschiedensten Verwaltungsakten und verbot die ethnische Diskriminierung. Zudem wurden die Erlässe, die das Verbot der chinesischen Sprache beinhalteten, zurückgenommen.¹⁵ Andere Gesetze bezüglich der Namensänderung und der chinesischen Schrift wurden jedoch noch nicht außer Kraft gesetzt. Außerdem war und ist – wie noch zu zeigen sein wird – die Diskrepanz von Erlaß und seiner Umsetzung mehr als groß, so daß sich die Provinzregierungen nicht an die Erlässe hielten.

Unter Abdurrahman Wahid wurde der Konfuzianismus als Minderheitenreligion anerkannt und erhielt somit denselben

100 000 oder weniger schätzt. Viele chinesischstämmige Indonesier flohen nicht ins Ausland, sondern zu sichereren Inseln innerhalb Indonesiens, wie z. B. Bali oder Nord-Sulawesi. Vgl. Reid 2000, S. 414.

⁹ Vgl. FEER 30.7.1998, S. 12 und 30.11. 2000. Siehe auch Suryadinata 2001, S. 509, der sogar die Zahl von bis zu 110 Milliarden Dollar erwähnt. Siehe auch Shee 2000, S. 10, der in Anlehnung an die Straits Times vom 15.4.1999 von ca. 80 Milliarden US Dollar spricht.

¹⁰ Jakarta Post 30.7.1998, S. 4-5. Siehe auch Reid 2000, S. 413.

¹¹ Vgl. Suryadinata 2001, S. 506.

¹² Vgl. Heryanto 1999, S. 328-329.

¹³ Vgl. Kompas 24.10.1998 und Reid 2000, S. 414.

¹⁴ Vgl. Tan 2001, S. 968.

¹⁵ Vgl. Kwartanada 1999, S. 7. Siehe auch Kompas 19.10.99, Sinergi 9, 1999, S. 14-15 und Jakarta Post 5.5.1999.

Rang wie die anderen fünf Staatsreligionen.¹⁶ Ein weiteres wichtiges Zeichen für die rechtliche Gleichstellung der chinesischen Minderheit gab er im Januar 2000 mit einem Präsidialerlaß, der öffentliche Feiern zum chinesischen Neujahr wieder gestattete.¹⁷ Jedoch war Wahids Präsidentschaft von Anfang an auch von Schwäche gekennzeichnet. So kam es bereits im August 2000 zu einer Kabinettsumbildung, der unter anderem auch der chinesischstämmige Kwik Kian Gie zum Opfer fiel.

Vor allem wurde dies deutlich durch die Tatsache, daß bisher zahlreiche diskriminierende Gesetze entgegen aller Zusagen und Versprechungen noch nicht abgeschafft wurden.¹⁸ Spätestens durch das ab Anfang 2001 drohende Amtsenthebungsverfahren war Wahid schlechterdings nicht mehr in der Lage, sich konsequent um chinesische Belange und dahingehende Gesetzesänderungen zu kümmern.¹⁹ Daher kann man sagen, daß es im rechtlichen Bereich zu einer Stagnation gekommen ist, die unter der neuen Präsidentin Megawati mehr oder minder ihren Fortgang gefunden hat, wenn man einmal von dem symbolträchtigen Erlaß am Anfang des Jahres 2002 absieht, der das chinesische Neujahr zum nationalen Feiertag erklärte.²⁰

Es sind weiterhin ca. 60 Gesetze diskriminierenden Inhalts in Kraft, und ihre Abschaffung wird stets mit der dem Verweis auf viele andere dringliche Angelegenheiten aufgeschoben.²¹ Zudem sind die Ausschreitungen gegen die Minderheit ohne rechtliche Konsequenzen geblieben. Doch selbst Gesetze, die abgeschafft wur-

den, wirken auf allen Verwaltungsebenen nach. So verhält es sich z. B. mit dem SBKRI. Dieses Dokument ist durch den Fall des Sportlers Hendrawan noch einmal in den Blickpunkt der Öffentlichkeit getreten. Seine Eltern sind beide in Ost-Java geboren, er selbst in Malang. Sein Antrag auf den SBKRI dauerte über ein Jahr, und Megawati persönlich mußte das Verfahren anstoßen. Bei der Ausstellung dieses Dokuments sind 12 bürokratische Institutionen beteiligt, nämlich das Nachbarschaftskomitee, die Unterbezirksbehörde, die Bezirksbehörde, das Bürgermeisteramt, das Gouverneursbüro, die Unterbezirkspolizei, die Bezirkspolizei, die städtische Zentralpolizei, das Büro des Staatsanwalts, das Bezirksgericht und das Ministerium für Justiz und Menschenrechte.²²

Es dürfte klar sein, daß dieser Weg durch die Instanzen viele Millionen Rupiah an Schmiergeld neben den regulären Gebühren verschlingt. Und selbst dann gibt es keinerlei Garantie, daß man das Dokument auch erhält. Doch ohne dieses Dokument kann man weder einen Paß, noch eine Geschäftslizenz, einen Kreditantrag oder eine Universitätszulassung erhalten. Doch ist die Erfordernis dieses Dokuments an sich bereits sehr diskriminierend. Denn es wird zwischen Staatsbürgern Indonesiens unterschieden auf der äußerst schwammigen Basis ethnischer Zugehörigkeit.

2.2 Politik

Die chinesische Minderheit begann, sich in der Regierungszeit Habibies politisch und kulturell zu organisieren. Es entstanden diverse Parteien: „Partai Tionghoa Indonesia“ (Chinesische Partei Indonesiens, PARTI, Juni 1998) unter Lieus Sungkharisma (Li Xuexiong), die eindeutig ethnisch orientiert war und noch einen Monat zuvor strengstens verboten gewesen wäre. Kurz zuvor wurde die „Partai Pembauran Indonesia“ (Assimilationspartei Indonesiens, Parpindo) am 5. Juni 1998 durch Jusuf Hamka und Junus Jahja ins Leben gerufen, die weiterhin Assimilationsideen propagierten und keine große Unterstützung erhielten. Schließlich wurde auch noch am 11. Juni 1998 die „Partai Bhin-

¹⁶ Vgl. Suryadinata 2001, S. 521. Allerdings heißt es in der FEER, daß zwar öffentliches Beten von konfuzianisch Gläubigen erlaubt sei, doch der Konfuzianismus noch nicht den Rang einer Staatsreligion habe. Vgl. FEER 10.2.2000, S. 40.

¹⁷ Vgl. FEER 10.2.2000 und Suryadinata 2000, S. 15.

¹⁸ Vgl. FEER 30.11.2000, der von 62 rassistischen Gesetzen spricht und FEER 8.2.2001, hier ist die Rede von 20 diskriminierenden Gesetzen und zahlreichen lokalen und militärischen Bestimmungen.

¹⁹ Vgl. Suryadinata 2001, S. 523.

²⁰ Vgl. Jakarta Post 18.2.2002.

²¹ Vgl. FEER 19.9.2002, spricht von 62 diskriminierenden Gesetzen.

²² Vgl. Jakarta Post 21.5.2002.

neka Tunggal Ika“ (Vielfalt in der Einheit-Partei, PBI) durch Nurdin Purnomo (Wu Nengbin) gegründet.²³ Diese ethnisch gefärbten Parteien wurden von Assimilationisten und auch von gemäßigten chinesischstämmigen Indonesiern wie z. B. Kwik Kian Gie kritisiert, die der Meinung waren, daß ethnische Parteien eher schaden als nutzen könnten, und man sich im Rahmen nationaler Parteien durchaus für Belange der Minderheit engagieren könne.²⁴

Doch nicht nur die Vorbehalte gegenüber ethnisch chinesischen Parteien trübten die Aussichten der oben genannten Parteien auf großen Zuspruch bei der Wahl im Sommer 1999, sondern auch das Werben der großen Parteien um Unterstützung der chinesischen Minderheit. Auf Parteiveranstaltungen übertrafen sich die großen Parteien gegenseitig darin, „Barongsai“ (ein traditioneller Löwentanz) aufführen zu lassen. Zudem versäumte es niemand der Minderheit im Februar 1999 zum ersten Mal seit über 30 Jahren zum chinesischen Neujahr zu gratulieren. Der Verdacht, daß die Minderheit vor allem aus finanziellen Gründen in diesem Maße in der Wahlkampfzeit umworben wurde, drängt sich unvermeidlich auf.²⁵

Bei den Wahlen stimmte die Mehrheit der chinesischstämmigen Bevölkerung für die PDI-P, da sie trotz ihrer nationalen Ausrichtung als chinesischenfreundlich empfunden wurde, was nicht zuletzt an der aktiven Rolle Kwik Kian Gies lag. Außerdem spielte in der PDI-P der Islam nicht dieselbe dominante Rolle wie in anderen Parteien, und nicht zuletzt weckte auch die Tatsache, daß es sich bei Megawati um die Tochter Sukarnos handelt, positive Assoziationen bei der Minderheit.²⁶ Die PBI war von den ethnisch geprägten Parteien die einzige, die überhaupt genügend Stimmen für einen Parlamentssitz erhielt. Lan-

desweit waren dies jedoch nur 0,34 Prozent der Stimmen.²⁷

Im Oktober 1999 wurde Abdurrahman Wahid zum neuen Präsidenten Indonesiens gewählt. Während seiner Präsidentschaft kam es zu wesentlichen Veränderungen, was bereits bei der Kabinettsbildung sichtbar wurde, da Kwik Kian Gie zum Minister ernannt wurde. Eine weitere chinesischstämmige Persönlichkeit, Sofjan Wanandi, wurde zum Vorsitzenden des Nationalen Wirtschaftskomitees ernannt. Ermutigt durch die von Wahid eingeleiteten Schritte kehrten viele der zuvor geflohenen chinesischen Großunternehmer zurück, (wie z. B. Liem Sioe Liong, Sofjan Wanandi und Edward Suryajaya).²⁸

Unter Megawati gab es keine weiteren nennenswerten Reformen, und vor allem ist eine gewisse Laxheit in der Umsetzung der Gesetze zu erkennen. Mit Hilfe eines Vorfalls aus dem Jahr 2002 soll die prekäre politische Situation der chinesischen Minderheit illustriert werden.

In Garut konnte ein chinesischstämmiger Mann namens Acun, der sich als Bankier versuchte, seinen Kunden, die zu 70 Prozent zum Militär gehörten, weder Zinsen in versprochener Höhe noch ihre Einlage zurückzahlen. Daraufhin wurden von lokalen Regierungsbehörden 400 chinesischstämmige Geschäftsbesitzer Garuts zu einer Versammlung eingeladen. Sie wurden aufgefordert, kollektiv die Schulden zu begleichen, da man sonst für ihre Sicherheit nicht garantieren könnte.²⁹ Dieser Fall illustriert, daß sich chinesischstämmige Indonesier häufig im rechtsfreien Raum wiederfinden, denn hier wird versucht, ein individuelles Vergehen durch eine kollektive Bestrafung zu sühnen. Allerdings illustriert dieser Fall auch, daß die Minderheit inzwischen sowohl über die Organe, als auch über das entsprechende Selbstbewußtsein verfügt, um sich gegen diese illegalen Forderungen zu wehren. Durch zahlreiche NGOs (wie z. B. „Solidaritas Nusa Bangsa“) wurde der Fall publik

²³ Vgl. Suryadinata 2001, S. 510-511 und Kwartanada 1999, S. 15.

²⁴ Vgl. Suryadinata 2001, S. 511-512.

²⁵ Vgl. Kwartanada 1999, S. 8-12.

²⁶ Vgl. Kwartanada 1999, S. 26.

²⁷ Vgl. Suryadinata 2001, S. 518.

²⁸ Vgl. Kwartanada 1999, S. 33.

²⁹ Vgl. Kompas 21.8.2002.

gemacht, was zu einer öffentlichen Verurteilung führte.

2.3 Kultur

Die Stagnation im politischen Bereich hat jedoch bisher keine negativen Konsequenzen auf das kulturelle Leben der chinesischstämmigen Bevölkerung gehabt, das von neuen Freiheiten geprägt ist. Vorläufer einer kulturellen Erneuerungsbewegung gab es in Ansätzen seit den 90er Jahren, die vor allem in Verbindung mit den wirtschaftlichen und politischen Erfolgen der Volksrepublik China standen. Die Tendenz der Resinisierung war in allen südostasiatischen Ländern zu beobachten, wengleich sie in Indonesien auf Grund geltender Verbote in vielen Bereichen nicht so stark ausgeprägt war. Vor diesem Hintergrund ist die erneute Blüte der chinesischen Kultur, die in dem zu beobachtenden Ausmaß und Umfang unerwartet kam, beachtenswert und kann nur so erklärt werden, daß sich viele der 8 Millionen Chinesen ihrer ethnischen Identität versichern wollen.

2.3.1 Medien³⁰

Seit 1998 sind zahlreiche chinesischsprachige Presseerzeugnisse und Bücher auf den Markt gekommen. Früher hatte es hingegen nur die vom Militär kontrollierte „Harian Indonesia“ gegeben, die zwar eine hohe Auflage hatte (ca. 100 000), aber von schlechter berichterstatteter Qualität war. Von der Bevölkerung wurde sie nur gelesen, um in den Genuß chinesischer Schriftzeichen zu kommen und um von Ereignissen mit Relevanz für die chinesischstämmige Gemeinschaft zu erfahren. Nach dem Sturz Suhartos herrschte noch eine Zeit die Meinung vor, es sei zu gefährlich, eine andere chinesischsprachige Zeitung ins Leben zu rufen. So entstand zunächst eine Internet-Zeitung namens „Zhinan ribao“ (Kompas) von „Kompas“ und „Jakarta Post“. Doch durch die zunehmend gewährte bzw. eingeforderte Pressefreiheit entstanden bald schon zahl-

reiche andere Zeitungen und Zeitschriften. An chinesischsprachigen Zeitungen mit Sitz in Jakarta gab es im Sommer 2001 sechs Stück, die zusammen eine Auflage von über 100 000 erreichten. Die größte war nach wie vor „Harian Indonesia“ gefolgt von der „Guoji ribao“ (Internationale Zeitung), die sich zu 50 % im Besitz der Gruppe Jawa Pos und eines amerikanischen Unternehmens befand und eine Auflage von 27 000 hatte.

Seit einiger Zeit operierte die „Shijie ribao“ (Welt), die sich im Besitz eines taiwanesischen Konzerns befindet, als harte und direkte Konkurrenz zu der „Guoji ribao“. Schließlich soll noch die „Shangbao“ (Handelszeitung) Erwähnung finden, da sie zu der Zeitungsgruppe um „Bisnis Indonesia“ (Wirtschaft Indonesiens) gehört. Bei den angeführten Zeitungen wird sofort ersichtlich, daß es sich nicht um ideelle Unternehmungen handelt, um der chinesischen Minderheit zu ihren Wurzeln zurück zu helfen, sondern daß es hierbei vielmehr um wirtschaftliche Interessen geht. Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der „Shangbao“, mit der man ja deutlich der Zeitung „Bisnis Indonesia“ des eigenen Hauses Konkurrenz macht. Doch sieht man in dem chinesischstämmigen Klientel, das zum einen des Chinesischen mächtig ist, zum anderen spezifische Informationsbedürfnisse bzgl. der Wirtschaft hat, ein sehr wichtiges Marktsegment, das es sich zu sichern gilt.

Weiterhin gibt es fünf chinesischsprachige Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 25 000, von denen „Yinni yu dongxie“ (Indonesien und ASEAN) mit 11 000 die auflagenstärkste ist. Die Zeitschrift hat eine bewegte Geschichte hinter sich, da sie bereits seit 1990 besteht, in Hongkong gedruckt und durch Reisegruppen ins Land zurück geschmuggelt wurde. Zu ihren illegalen Zeiten hatte sie gerade mal eine Auflage von 600. Die Zeitschriften, die zum Teil in liebevoller Kleinarbeit auf Kopierern im Hinterhof hergestellt werden, sind vor allem von einer großen Portion Idealismus getragen und bemühen sich, alte Traditionen und die chinesische Sprache

³⁰ Die folgenden Ausführungen zu Zeitungen und Zeitschriften basieren auf zahlreichen Interviews, die ich im Sommer 2001 in Jakarta mit Herausgebern und Redakteuren geführt habe.

und Schrift zu bewahren, bzw. wiederzubeleben.

Da viele chinesischstämmige Indonesier durch die repressive Kulturpolitik des Chinesischen nicht mehr mächtig sind, gibt es zudem drei bis vier Zeitschriften, die zwar das Indonesische benutzen, aber sich thematisch an ein chinesisches Publikum wenden, wovon die bekannteste „Sinergi“ (Synergie) sein dürfte. Eine dieser Zeitschriften weist als Besonderheit auf, daß sie bilingual ist und sich daher auch zum Spracherwerb eignet. Dies beschert ihr die große Auflage von 15 000 Stück.

Bereits die Existenz der chinesischen Presse verrät zum einen die neue Freiheit, zum anderen aber auch eine Rückbesinnung auf die eigene Kultur und Sprache. Zudem ist die Einschätzung fast aller in diesem umkämpften Markt dahingehend, daß es demnächst wieder viel mehr des Chinesischen mächtige Leser geben wird.

Im Bereich des Funk und Fernsehens gibt es bereits seit geraumer Zeit chinesischsprachige Radiosender, bzw. Sender, die auch ein chinesischsprachiges Programm bzw. Musik anbieten. Bekanntestes Beispiel dürfte Radio Cakrawala in Jakarta sein. Doch auch im Fernsehen wird seit kurzem die chinesische Minderheitenproblematik aufgegriffen. So gibt es mehrere Serien, die sich damit beschäftigen, so z. B. „Cinta Terhalang Tembok“ (Verhinderte Liebe) oder „Jangan panggil aku Cina“ (Nenn mich nicht Chinese). Im Zentrum der beiden Serien steht eine inter-ethnische Liebe und daraus resultierende Probleme.³¹

2.3.2 Literatur³²

Entgegen der allgemeinen Einschätzung wurde in der „Orde baru“ weiterhin chinesischsprachige Literatur verfaßt. Häufig ist sie nur unter der Hand und in kopierter Form weitergereicht worden. Gelegentlich wurde sie in Hongkong gedruckt und dann ins Land

³¹ Vgl. FEER 19.9.2002.

³² Die folgenden Ausführungen zur chinesischen Literatur in Indonesien basieren auf Interviews mit Autoren und Angehörigen von Literaturzirkeln, die ich im Sommer 2001 durchgeführt habe und auf der Auswertung einer großen Zahl literarischer Werke.

zurück geschmuggelt. Heute gibt es vier Literaturgesellschaften von denen zwei besonders aktiv sind: Die „Yinhua zuojia xiehui“ (Vereinigung chinesischstämmiger Schriftsteller) und die „Zuguo wenyi xiehui“ (Vereinigung zur Literatur und Kunst des Vaterlandes). Weiterhin gibt es zur Zeit diverse Bemühungen mit Vertretern der indonesischen Literatur, einen regen Austausch zu pflegen und gemeinsam Projekte zu organisieren. In diesem Rahmen sind zweisprachige Anthologien entstanden, die zum gegenseitigen Verständnis beitragen wollen. Besonders bemerkenswert sind die Bestrebungen des Gramedia Verlags in einer ca. zehnbändigen Ausgabe die Literatur der Peranakan-Chinesen³³ vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zu sammeln und herauszugeben. Diese Literatur ist für die Geschichte der indonesischen Literatur von großem Wert, wobei ihr diese Stellung lange abgesprochen wurde.

2.3.3 Bildung

Sprache dient in der Regel als Transportmittel von Kultur, jedoch war die Vermittlung des Chinesischen während der „Orde baru“ nahezu unmöglich geworden war. So existierten tatsächlich Familien, in denen die Muttersprache der Eltern Chinesisch war, aber mit den Kindern aus politischen Zwecken ausschließlich Indonesisch gesprochen wurde. Zur Zeit bemüht man sich intensiv darum, die chinesische Sprache und Schrift als Kulturgut an die kommende Generationen zu vermitteln. Zudem erhofft man sich so auch, eine ausreichend große Leserschaft für chinesische Medien und Literatur heranzubilden. Im Bildungsbereich engagiert sich vor allem die Organisation INTI (Indonesia Tiong-hoa, Indonesien und chinesischstämmige Indonesier), die sich neben ihren Wirtschaftsaktivitäten als Lobbygruppe für die chinesische Sprache bezeichnet. Die ersten Erfolge sind durchaus beachtlich: Es gibt zahlreiche Privatschulen, die nachmittags oder abends Chinesisch unterrichten. Ihre Kundschaft sind nicht nur Kinder der

³³ Mit dem Begriff Peranakan werden weitgehend assimilierte Chinesen in Indonesien bezeichnet.

chinesischstämmigen Gemeinschaft, sondern auch Indonesier, die sich größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch Chinesischkenntnisse ausrechnen. Außerdem wurden an diversen Universitäten Chinesisch-Seminare eingerichtet. Die wichtigste Neuerung ist jedoch, daß Chinesisch als Fremdsprache an staatlichen Schulen mit bisher 90 Minuten wöchentlich unterrichtet werden darf. Zahlreiche Schulen scheinen von dieser Regelung schon Gebrauch zu machen, wobei in einigen Fällen bereits wesentlich mehr als 90 Minuten Chinesisch unterrichtet wird.

3. Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß seit dem Putschversuch von 1966 die chinesische Minderheit unter einem enormen Assimilationsdruck geraten ist, der in sich äußerst widersprüchlich war. So sollten zwar äußere Unterschiede einerseits so weit wie möglich nivelliert werden, andererseits aber wollte man eben diese Unterschiede nicht unkenntlich machen. Deutlichstes Zeichen war z. B. die Kodierung der ethnischen Zugehörigkeit in den Papieren indonesischer Staatsbürger chinesischer Herkunft. Dies ist besonders absurd, wenn man sich vor Augen führt, daß chinesischstämmige Indonesier gleichzeitig dazu gezwungen wurden, einen indonesischen Namen anzunehmen.

Wenn Assimilation aufoktroiert wird, ist es an sich schon zweifelhaft, ob sie funktionieren kann. Wenn diese aber so ambivalent ausfällt wie im indonesischen Kontext, so ist Assimilation nur ein anderes Wort für systematische Diskriminierung und für die Schaffung einer allgemein bekannten Gruppe, die im Zweifelsfall für Probleme verantwortlich gemacht werden kann. Damit diese ethnische Gruppe bereit ist, die ihr zugeschriebene Sündenbockfunktion zu übernehmen, muß sie in ihrem Selbstverständnis, in ihrer Identität und in ihren Organisationsformen so geschwächt werden, daß sie dem Druck nichts entgegenzusetzen hat. Allerdings scheint eine gängige Reaktion auf die von außen erfolgte Dekulturalisierung darin zu bestehen, daß kulturelle Identität im privaten Raum

bewahrt wird. Nur so kann erklärt werden, warum eine Renaissance der chinesischen Kultur in Indonesien beobachtet werden konnte, kaum daß der staatliche Druck nachgelassen hat.

Dennoch täte die chinesische Minderheit sicherlich besser daran, größere Rechtssicherheit einzufordern. Dieser Forderung kann sie jedoch nur genug Geltung verleihen, wenn sie sich stärker politisch organisiert.³⁴ Die Zukunft der chinesischstämmigen Gruppe wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sie zum einen ihre Minderheitenrechte in einem demokratischen Indonesien verankert, zum anderen aber auch, wie sie den Austausch und die Verständigung mit den indigenen Indonesiern sucht.

4. Literaturverzeichnis

- Heryanto, Ariel: Rape, Race, and Reporting. In: Budiman, Arief; Hatley, Barbara; Kingsbury, Damien (Hrsg.): Reformasi, Crisis and Change in Indonesia. Monash Asia Institute, Clayton 1999, S. 299-334.
- Kwartanada, Didi: Golongan Tionghoa Pada Masa Transisi Dewasa Ini: Perkembangan & Trend. 1999 (unveröffentlichter Aufsatz).
- Reid, Anthony: The Effect of Violence on Two Sino-Southeast Asian Minorities. In: See, Teresita Ang (Hrsg.): Intercultural Relations, Cultural Transformation, and Identity. The Ethnic Chinese. Selected Papers Presented at the 1998 ISSCO Conference. Kaisa Parasa Kaunlaran, Manila 2000, S. 413-440.
- Shee, Poon Kim: China's Responses to the May 1998 Anti-Chinese Riots in Indonesia. O.V. Singapore 2000. (EAI Working Paper 37).
- Siegel, James T.: Early Thoughts on the Violence of May 13 and 14, 1998 in Ja-

³⁴ Vgl. FEER 19.9.2002, in diesem Artikel wird auf Eddie Lembongs Forderung verwiesen, daß chinesischstämmige Indonesier sich um eine höhere Vertretung in Armee, Polizei und Verwaltung bemühen sollten, um so einen größeren gesellschaftlichen Einfluß zu haben.

- karta. In: Indonesia 66, Oktober 1998, 1998, S. 75-108.
- Suryadinata, Leo: Chinese Politics in Post-Suharto's Indonesia. Beyond the Ethnic Approach. In: Asian Survey, XLI, 3, 2001, S. 502-524.
 - Tan, Eugene K. B.: From Sojourners to Citizens: Managing the Ethnic Chinese Minority in Indonesia and Malaysia. In: Ethnic and Racial Studies 24, 6, 2001, S. 949-978.
 - Wichelen, Sonja Judith van: The State and Gender-based Violence in Indonesia. A Study into the May 1998 Violence. University of Utrecht, Utrecht 2000.

Das indonesische Militär im Demokratisierungsprozess

von Ingo Wandelt

1. Vorbemerkung

zu den Begriffen Demokratie und Demokratisierung:

Die mit dem Rücktritt Suhartos eingeleitete Phase der Demokratisierung Indonesiens, zu der das indonesische Militär ABRI (seit April 1999 TNI / Tentara Nasional Indonesia, „Indonesische Nationalarmee“) ihren Teil beigetragen hat, erlaubt meiner Ansicht nach keine bi- oder tripolaren, eine Finalität, Kausalität oder Zwangsläufigkeit vorgebende Entwicklungsmodelle in der Form von Demokratie oder Diktatur oder Staatszerfall.

Eine vorausgesetzte Konditionalität der Zukunft im Zeichen einer aristotelischen Entelechie ist für Indonesien *hic et nunc* unangemessen. Der künftige Verlauf der in der post-Suharto Zeit mit Demokratisierung nur ungenau bezeichneten möglichen Entwicklungslinien lässt sehr wohl Entwicklungen zu, die die Form „weder Demokratie noch Diktatur noch Staatszerfall“, oder „sowohl Demokratie als auch Diktatur als auch Staatszerfall“ möglich und wahrscheinlich erscheinen lassen. Das hypothetische Endprodukt einer angenommenen Demokratisierung ist eher „Chaos“ als „Ordnung“, wahrscheinlich aber irgend etwas dazwischen. Einen solchen Endpunkt wird es aber nicht geben. Nach der jungen Gesetzmäßigkeit des für Indonesien begonnenen „Krieges gegen den Terrorismus“ Allein die relative Stärke des Staates gegenüber den Konfliktakteuren wird von Bedeutung sein.

Der Wandel der gesamtgesellschaftlichen Systemik Indonesiens ist an sich ein komplexes Feld, das am ehesten mit Erklärungsansätzen ähnlich der Chaostheorie angegangen werden kann und das deshalb kaum oder nur sehr begrenzte Voraussagen zulässt.

Für die Betrachtung des indonesischen Militärs scheint mir deshalb der militärhistorische und politikwissenschaftliche Ansatz der „Neuen Kriege“ insofern sinn-

voll zu sein, als er der Betrachtung der realen Vorgänge, Funktionalität und Rollenzuweisung des Militärs im aktuellen Rahmen der sich globalisierenden Gesellschaften Vorrang einräumt; Militär und vergleichbare Kriegaakteure als Akteure in einem kriegerischen Spannungsumfeld begreift; Konflikte in ihrem gesamten Spektrum von Gewalt, einschließlich von Krieg, erfasst; der Komplexität und der Regellosigkeit der Geschehnisse Vorrang einräumt gegenüber vorgefassten Modellen.

In dieser Hinsicht möchte ich folgende deskriptive Betrachtungsperspektive einnehmen:

Indonesien befindet sich zur Zeit in einem unerklärten Krieg aller gegen alle, wobei Krieg das gesamte Spektrum aller Gewaltmittel und -formen impliziert, der Begriff aber nicht voraussetzt, dass dieses Spektrum auch zum Einsatz kommen wird bzw. kommen muss. Die Kriegaakteure haben die situative Wahl ihrer ihnen zur Verfügung stehenden taktischen und strategischen Gewaltmittel und ihrer Eskalationsformen. Ihnen gegenüber stehen die Kriegsobjekte, oder die Leidenden des Krieges. Das Modell des Krieges erlaubt speziell eine Betrachtung des Militärs in ihrem „natürlichen Umfeld“ des militärischen Handelns, es wird aber auf keinen Fall allen Akteuren und Opfern gerecht. Weshalb ich es nur auf das Militär und vergleichbare Kriegaakteure verwenden möchte.

Zur Differenzierung des Militärischen gegenüber dem Politischen müssen die entsprechenden Tätigkeitsbereiche zum Zweck der Klarheit der Analyse in einer Hinsicht voneinander getrennt werden:

These 1: Der (indonesische) Militärakteur handelt auch dann primär militärisch, wenn er politisch handelt oder in Erschei-

nung tritt. So hat er es gelernt, so hat sein Umfeld in geprägt, so denkt und handelt er. Militärisch heißt auf der Offizier- und Generalitätsebene das Denken, Planen und Handeln nach Mustern der Stabsarbeit und der Kommando-führung. Beide haben im Politischen keine direkten Entsprechungen.

These 2: „Politik“ ist im Verständnis des indonesischen Militärs die Sphäre der Mächtigkeiten zwischen den vielfältigen Gruppen innerhalb der Elite des Landes. Sie wird auf der großen Bühne Jakarta mit ihren unzähligen Hinterzimmern ausgetragen und folgt ungeschriebenen Regeln (z.B. dass die Akteure sich als „große Familie“ verstehen, die bei allen Gegensätzen gleiche Ziele verfolgen, woraus das Tabu folgt, sich nicht gegenseitig umzubringen).

Zur Darstellung des **Zeithorizonts** der militärischen Entwicklungen in Indonesien möchte ich hier – auch hier nur vorläufig – drei Phasen konstatieren:

Kurzfristig und neu:

Die Einbeziehung des indonesischen Sicherheitsapparates in den Rahmen und die Deterministik des globalen Antiterrorkrieges und der „Allianz gegen den Terror“, die zwangsweise von extern bewirkten systemischen Anpassungsprozesse nach den Bombenanschlägen auf Bali vom 12. Oktober 2002.

Mittelfristig und fast abgeschlossen:

Die militärische Kategorie der *reformasi internal* im Kontext und als Reaktion auf die politische Kategorie / Prozess der *reformasi*, als Konsolidierung des militärischen (TNI) Sicherheitsapparates vis-a-vis Staat und (Zivil-)Gesellschaft. (September/Oktober 1998 – heute)

Langfristig:

Die Heranbildung einer neuen, an der Nationalen Militärakademie in Magelang (AMN) ausgebildeten und geprägten Generation von Offizieren (*perwira*) und Generälen (*Pati, perwira tinggi*), die jetzt kurz davor steht, die Kommandopositionen aller militärischen Organisationen und Strukturen des staatlichen Sicherheitsapparates

(nicht nur des militärischen!) inne haben. Es sind dies die Generationen 1972, 1973 und 1974 (Klassen 12 bis 14). Sie sind erzogen worden im Bewusstsein der unbegrenzten Führ- und Manipulierbarkeit der Zivilgesellschaft im Zuge des *Dharma Pusaka* von 1972 (der *Sospol*-Doktrin), und sie sind die Praktiker der neuen Milizkriegführung im Sinne des *proxy warfare*, deren Konzeptionator Prabowo Subianto (Generation AMN 1974) war, und deren Anwendung im Osttimor ab ca. 1990 erfolgte (so ist z.B. Adam Damiri vom Jahrgang 1972). Diese junge Altersgruppe der Offiziere sind *professionals* und „Technokraten“ ihres Handwerks und mehrheitlich Apparatschiks mit weniger ausgeprägter Individualpersönlichkeit (wie noch Wiranto, Jahrgang 1968), aber sehr viel mehr professioneller Zielgerichtetheit und Brutalität.

Alle drei der konstatierten Phasen folgen militärisch auch, aber nicht ausschließlich, einem „Bild des Krieges“, das sowohl global-konfliktorientiert, als auch heimisch-indonesisch ausgerichtet ist und war.

2. Reformasi und Reformasi Internal:

1. Das Militär interpretiert die Phase der Herrschaft Suhartos (Orde Baru) als den fast erfolgreichen Versuch, das Militär seiner Identität und Führung zu berauben und es zu einem Instrument einer dynastischen Herrschaft, zur „Palastarmee“, zu machen. Die gezogene Lehre für die Zeit der *reformasi* war demnach, durch Rückzug aus unhaltbaren Positionen die Herrschaft einer externen Macht über die Armee nie wieder zuzulassen.
2. Die ABRI stand im Mai 1998 vor dem Kollaps und wäre aufgrund des öffentlichen Drucks zerbrochen. Die TNI zog sich deshalb aus der allzu großen Exponiertheit zurück in die Position des *tut wuri handayani* (ein Führungsprinzip des Militärs), des „Lenkens von hinten“ aus dem Verborgenen heraus.
3. Das Militär bezog *reformasi* niemals auf sich, sondern leitete die *reformasi internal* als Prozess der Konsolidierung ihrer Organisation, Kommandostruk-

turen und Dislozierung in den Territorien ein. Dieser Prozess ist heute weitestgehend abgeschlossen.

3. Die reformasi internal als Redefinisi, Reposisi und Reaktualisasi in der Gesellschaft:

- Aufgabe der Rolle und Funktion des *Sospol* (sozio-politische Führung der Bevölkerung);
- Auflösung der militärischen *Sospol*-Strukturen auf allen Ebenen (bis November 2001);
- Rückzug aus den Parlamenten (bis 2004);
- Rückzug der ABRI aus dem Bereich Sicherheit (Kam = keamanan) und innere Sicherheit (Kamdagri): Abtrennung der Polizei (Polri) im April 1999, und neue Identität als TNI.

Stattdessen:

- Offen und offiziell: Rückzug und Selbstbeschränkung auf Verteidigung (Han = pertahanan)
- Auf- und Umbau des eigenen Nachrichtendienstes Bais (vormals BIA).
- verdeckt: Rückzug in die Territorien durch *pemekaran Koter* („Die Vervielfachung der Territorialkommandos“) im Anschluss an die Regionalautonomie (Ziel: jede neue regionale Zivilverwaltungseinheit bekommt ein Militärkommando an die Seite gestellt) und zulasten der Teilstreitkräfte (Tsk) Marine und Luftwaffe.
- Stärkung der Fähigkeiten und Funktionen der Kotama („main command forces“) des Heeres: Kostrad, Kopassus und die Kodam; Dominanz der Kostrad über Mischverbände wie PPRC oder die sog. Yongab, verbundene Bataillone von Kostrad, Kopassus und Kotama-Einheiten von Marine, Luftwaffe und Polizei (Brimob); Ausbau der Kopassus als verdeckt operierenden Verband.
- Übernahme der obersten Kommandopositionen in der TNI durch Mitglieder der „Kostrad-Familie“

- Verdeckte Aufrüstung in den Mannschaftsstärken der Kotama des Heeres (und mancher anderer Tsk)
- Verstärkter Zugriff auf die Ressourcenbasis der Kotama zu Lasten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der Eigenfinanzierung der Militäreinheiten und der Finanzknappheit des Staates.
- Einschüchterung der regionalen Zivilverwaltungen und des Justizsystems und Perpetuierung des Zustandes der *military impunity*.
- Erhöhung der Frequenz der Einsätze und Operationen in ausgewählten Krisenregionen zwecks Zugriff auf Ressourcen, ideologischer Rechtfertigung der Militärpräsenz und der Schaffung einer allgemeinen Lage des permanenten Konfliktes im Sinne der Neuen Kriege.
- Fortführung der verdeckten Kriegführung durch Kopassus und des verdeckten Stellvertreterkrieges (proxy warfare) durch Milizen und Handlangergruppierungen (z.B. preman)

Der Rückzug aus den staatlichen Aufgaben führte die TNI in eine selbstgeschaffene Isolation, in der der Staat Zugriff auf einstige Militärbefugnisse erhielt. Diese sind:

- Der Auf- und Ausbau der **Polri** als staatlicher Institution der inneren Sicherheit.
- Aufzwingung eines rudimentären Gesetzeswerkes für die Streitkräfte.
- Der Ausbau des Verteidigungsministeriums (Dephan) unter dem Verteidigungsminister.
- Der Aufbau eines (nicht funktionierenden!) staatlichen Nachrichtendienstsystems (BIN).
- Weitere Festigung der koordinierenden Funktion des Menko Polkam (Koordinierungsminister für Politik und Sicherheit) auf der politischen Entscheidungs- und Verwaltungsebene (Susilo Bambang Yudhoyono).

4. Vorläufige Bewertung der Entwicklung:

- Der Staat konnte keinen Einfluss auf die TNI erlangen, weil alle vorgenann-

ten Institutionen unter staatlicher Führung mit demselben (Militär-)Personal besetzt sind.

- Der Staat kann die Finanzierung des Sicherheitssektors nicht gewährleisten. Der Zwang / Druck / Drang zur Selbstfinanzierung / Selbstbereicherung erhöhte den Waren- und Söldnercharakter von Militär und Polizei.
- Die Erhöhung der Personalstärken und der damit verbundenen Kosten führte zur inter-militärischen Rivalität um Ressourcen und zum Verteilungskampf zwischen TNI und Polri in den Regionen. Einher geht die Schwächung der vertikalen Kommandostrukturen (chains of command).
- Die *reformasi internal* der TNI ist erfolgreich gescheitert: sie hat fast alle ihre Ziele erreicht, und das Ergebnis ist ein schlechterer Zustand der TNI als zuvor (was auf erhebliche Schwächen der Führung schließen lässt).

5. Was hält die TNI zusammen, und was zerreißt sie von innen heraus (zentrifugale Kräfte)?:

Ein Blick auf die innere Struktur der Streitkräfte und ihre Komponenten:

- Die gemeinsame Ideologie der nationalen Auserwähltheit und der Unverzichtbarkeit für den Erhalt des Staates (Elitenverständnis)
- Die (trotz aller Schwachstellen) funktionierende landesweite Kommandostruktur (Macht);
- Die staatsunabhängige Ressourcen- und Finanzierungsbasis;

In der Summe: Das weiterhin bestehende Gewaltmonopol (Konflikte quasi an- und auszuknipsen).

Das Personal:

- Offiziere und Generäle (perwira und Pati / perwira tinggi): das Versprechen von Karriere und Reichtum: wer aus der Reihe tanzt, bleibt auf der Karriereleiter hängen; die TNI produziert weiterhin einen Offizierüberschuss (ca. 200 neue pro Jahr); die militärische Führungselite rekrutiert sich aus der

Elite und Oligarchie des Landes und bindet Militär und Elite aneinander („Tiefenstruktur“)

- Unteroffiziere (bintara): begrenzte Karriere für den Unterhalt und die Möglichkeit für Zubrot durch „moonlighting“. Aufstiegsmöglichkeit für Männer aus dem Volk (rakyat).
- Mannschaften (tamtama): der Militärdienst ist für sie ein schlecht bezahlter Teilzeitjob, dem sie für eine gewisse Zeit ihres Berufslebens nachgehen. Uffz. und Mannschaften stellen die Legitimation der TNI als Armee des Volkes dar.

Die asymmetrische innere Struktur / Hierarchie der TNI:

- Heer dominiert über Marine und Luftwaffe;
- Die Lage von Militär vis-a-vis Staat vor dem 12. Oktober war (und ist) ein Kampf / Krieg um Ressourcen, besonders in den Regionen / Provinzen, in denen das Militär aufgrund seiner asymmetrischen Positionierung diverse Konflikte an- und ausschaltet und, ungestört von externen Einflussfaktoren, mit grundsätzlich unterlegenen (aber nicht zu unterschätzenden) Konkurrenten über den permanenten Konflikt um den Zugriff auf Ressourcen streitet. Der Staat ist dabei einer von mehreren Konkurrenten / Akteuren, weshalb es sich in Indonesien um eine speziell Situation der Neuen Kriege handelt.

6. Zur neuen Lage in Indonesien nach dem Bombenattentat auf Bali:

- Im Zeichen des Krieges gegen den Terror ist die ‚splendid isolation‘ der innergesellschaftlichen Kdaption im Zeichen des Krieges gegen den Terror kommt hinzu.
- Das Bild des Antiterrorkrieges wird von Nachrichtendiensten und speziellen Kommandoeinheiten geführt, die dem klassischen Militär (Heer, Marine und Luftwaffe) mindere Polizei und Zuarbeiterfunktionen (Transport und Logistik) zuweisen. Dieser Krieg wird vor allem in seinem Vorfeld, d.h. über

präventiven Maßnahmen gegen den Terror, geführt, in dem high tech sich mit neuen Anforderungsprofilen an das Personal verbinden. In diesem Kampf / Krieg entscheidet der verdeckte Krieg: wer die Spezialkommandos und Nachrichtendienste beherrscht, der beherrscht die Lage – und ist an unbegrenzter Fortführung dieses Krieges interessiert. Die TNI ist militärisch nicht in der Lage, diesen Krieg zu führen. Sie wird hastige Veränderungen einleiten, die mit gewisser Wahrscheinlichkeit die Bruchlinien innerhalb ihrer Organisation weiter gegeneinander richten werden.

Nach der noch jungen Theorie des Krieges gegen den Terror kann dieser nur über den starken Staat beendet werden, was zu Spannungen zwischen denjenigen Akteuren führen wird, die ihn wünschen, und denjenigen, die ihn ablehnen. Am grundsätzlichen Charakter der Gewalt in Indonesien als Neuem Krieg wird dieser „allerneueste Krieg“ wenig ändern

– es sei denn, der Starke Staat erscheine als deus ex machina.

3 Thesen zu Islam und Demokratisierung

von Claudia Kuhn

These 1

Grundsätzlich kann der Islam innerhalb des Demokratisierungsprozesses eine Rolle übernehmen.

Der Islam ist eine allumfassende Religion, die im Idealfall den gesamten Alltag der Muslime durchdringt und bestimmt und damit auch politisch ist. Weder im Koran noch in der Sunna (überlieferte Aussprüche und Handlungen des Propheten) findet sich jedoch die eindeutige Bestimmung, Religion und Politik gehörten zwangsläufig zusammen. Es gibt auch keine eindeutigen Aussagen darüber, wie ein islamischer Staat auszusehen habe.

Stattdessen gibt der Islam *Grundprinzipien* vor, die zwar nicht identisch, aber durchaus kompatibel mit denen einer Demokratie sind:

1. *Gleichheitsprinzip*: Der Islam kennt keine Diskriminierung hinsichtlich Rasse, Hautfarbe, Aussehen oder Herkunftsland. Alle Menschen sind hinsichtlich ihres Menschseins und vor dem Gesetz gleich. Im Gegensatz zum Christentum gibt es keinen Klerus und damit keine Hierarchie. Der gemeinsame Glaube rückt alles andere an die zweite Stelle.
2. *Rechtsprinzip*: Jedes Individuum hat bestimmte Rechte und Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Glaube und Verstand, Leben, Eigentum und Familie stehen unter besonderem Schutz. Auf dieses Prinzip lassen sich also ohne weiteres auch wesentliche Bestandteile unseres Demokratieverständnisses stützen, wie die Unantastbarkeit des Lebens, Glaubensfreiheit, freie Meinungsbildung und -äußerung, das Recht auf Privateigentum, Individualität und Intimität.
3. *Selbstbestimmung*: "Gewiss, Allah ändert die Lage eines Volkes nicht, ehe sie (die Leute) nicht selbst das ändern, was in ihren Herzen ist." (Zitat eines Koranverses)

"Wie ihr seid, so werdet ihr regiert." (Überlieferter Ausspruch des Propheten)

Auch wenn der konkrete Gedanke einer Gewaltenteilung und einer repräsentativen Regierungsform nicht systematisch entwickelt ist, tritt der Islam für einen Staat ein, der auf einem 'gesellschaftlichen Abkommen' basiert: Die muslimische Gemeinschaft kann selbst über ihre Regierung entscheiden und diese auch kontrollieren, was bereits bei der unmittelbaren Nachfolge Muhammads so praktiziert worden war: Die ersten Kalifen wurden durch Akklamation, Konsens oder Abstimmung gewählt.

4. *Toleranz*: Im Koran und anderen islamischen Quellentexten finden sich zahllose Passagen, die Muslime zu Verständigung, Toleranz und Frieden anhalten. Explizit wird dazu aufgefordert, mit Christen und Juden „im Guten zu wetteifern“. Außerdem sind auch innerhalb des orthodoxen Islam unterschiedliche, sich teilweise widersprechende Rechtsschulen nebeneinander als gleichwertig anerkannt.

In der Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Imperialismus entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts in der islamischen Welt neue Ansätze der Koraninterpretation, da sich selbst unter Muslimen die Frage aufdrängte, ob nicht die Religion mit schuld an ihrer Unterlegenheit in Wissenschaft und Technik war. So gibt es in der gesamten islamischen Welt Reformdenker, die eine Vereinbarkeit von Islam und Moderne auf den Koran und die Sunna stützen. Dabei verstehen sie diese Quellen in einem historisch-kritischen Kontext, d.h. im Kontext der aktuellen sozialen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Die Internationale Islamkonferenz entwarf sogar eine Internationale Islamische Modellverfassung (1983), in der auf der Basis des islamischen Rechts Par-

lamente, Gewaltenteilung und Parteienpluralismus vorgesehen sind.

Jedoch bilden die liberalen Denker in den meisten Ländern mit islamischer Bevölkerung noch eine Minderheit. Die Heiligen Texte des Islam sind zudem auf unterschiedliche Weise interpretierbar; Fundamentalisten begründen ihre Forderung nach einem Islamstaat ebenfalls auf dem Koran und der Sunna. Wie der Islam also im Einzelfall praktiziert wird, das entscheidet letztlich die Realität.

Die Muslime sind über ihren Glauben miteinander verbunden, stellen dabei jedoch gleichzeitig eine sehr heterogene Gemeinschaft dar, da nationale, ethnische, sprachliche, sozio-ökonomische, kulturelle und auch theologische Unterschiede bestehen. In **Indonesien** ist die syafiiitische Schule dominant, in der *âda* (indon. *adat*), das Gewohnheitsrecht, einen besonderen Stellenwert hat und neben dem Koran und der Sunna als Rechtsquelle gilt. Dies erlaubte dem Islam, sich mit bereits zuvor etablierten Weltanschauungen auseinanderzusetzen, was sicher auch von der traditionellen südostasiatischen Harmonie- und Konsenskultur unterstützt wurde. Dies hat zu einer Pluralität der Islaminterpretationen *innerhalb* der indonesischen umat (islamische Gemeinschaft) geführt.

Soehartos Politik gegenüber dem Islam war geprägt von Entideologisierung und Depolitisierung. Die beiden großen islamischen Organisationen, NU und Muhammadiyah, können jedoch auf eine lange Tradition von Tätigkeiten im sozialen, wirtschaftlichen, karitativen, kulturellen und Bildungsbereich verweisen. Durch eine Reflektion der komplexen sozialen Wirklichkeit entwickelten sowohl Modernisten als auch Traditionalisten eine nicht exklusive, pluralistische politische Interpretation des Islam. Dadurch trugen sie zum Überleben der demokratischen Institutionen bis heute bei. Sie sind stark in der Gesellschaft verwurzelt. So hat sich etwas wie eine ‚islamische Zivilgesellschaft‘ herausgebildet.

Seit Beginn der 90er Jahre deutet die schnell wachsende Anzahl von NGOs

ebenso auf die Entwicklung zu einer Zivilgesellschaft in Indonesien hin. Wenige dieser neuen Nichtregierungsorganisationen, die sich besonders bei der Bewusstseinsbildung hinsichtlich der Umwelt, Menschenrechte und Demokratie engagieren, sind explizit muslimisch, viele werden jedoch von Muslimen geführt.

Hier wird wiederum der pluralistische Charakter des Islam in Indonesien deutlich. Während wesentliche Glaubensinhalte wie der Monotheismus und das Verständnis von Allah als Schöpfer und Richter, also das Verhältnis zwischen Gott und Mensch, unangetastet bleiben und den gläubigen Muslimen Führung und Inspiration bieten, wird das zwischenmenschliche Verhältnis durchaus im Kontext der Zeit gesehen.

Immerhin ist Indonesien als das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung heute die drittgrößte Demokratie der Welt. Die islamischen Parteien erreichten bei den Wahlen 1999 nur rund 16 % der Stimmen. Obwohl die Forderung nach einem Islamstaat nicht mehr als subversiv bewertet wird, hat die *Piagam Jakarta* auch in den immer wieder neu geführten Diskussionen bisher keine Chance gehabt.

These 2

Es bleibt schwer zu bestimmen, wie stark radikale Gruppierungen in Indonesien wirklich sind. Fest steht jedoch, dass man nicht von dem „indonesischen Islam“ in einer vielfach gepriesenen moderaten Ausprägung sprechen kann.

Die Pluralität der Islaminterpretationen in Indonesien zeigt sich nicht zuletzt in der Diskussion über das Verhältnis von Staat und Religion, die seit der Unabhängigkeit geführt wird. Eine Gruppe fordert den Islamstaat, in dem die syariah (das islamische Recht) gilt; eine zweite tritt für einen säkularen Staat im Sinne der Pancasila ein, in dem religiöse Belange jedem einzelnen überlassen bleiben. Dazwischen steht eine dritte, moderate Gruppe, die für eine begrenzte Anwendung des islamischen Rechts eintritt, wie es in Indonesien u.a. mit dem Heiratsgesetz und den islamischen Gerichtshöfen der Fall ist.

Durch den Sturz Soehartos und die andauernde Wirtschaftskrise wurde ein allgemeiner Verlust von Werten und Orientierung verstärkt und damit der Tendenz, sich u.a. auch über religiöse Zugehörigkeiten zu definieren, Auftrieb gegeben. Erstmals seit den 50er Jahren konnten unabhängige islamische Parteien gegründet werden, die erneut versuchen, den Islam als Staatsreligion in der Verfassung zu etablieren. Gleichzeitig belebten sich die bis dahin verbotenen, teilweise militanten islamistischen Organisationen und Bewegungen.

Die Prognosen der Wissenschaftler, die sich mit dem Islam in Indonesien beschäftigen, sind tendenziell positiv. Aufgrund der „typisch indonesischen“, nicht-exklusiven Ausprägung des Islam könne Indonesien durchaus zu einem Vorbild für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie werden. Hierbei muss man allerdings bedenken, dass gerade für ausländische Beobachter der Kontakt hauptsächlich mit liberalen Reformdenkern, moderaten Intellektuellen, Studenten, die meistens entweder NU oder Muhammadiyah zuzuordnen sind, besteht.

Jedoch ist es Tatsache, dass extreme Islamisten aus dem Exil nach Indonesien zurückgekehrt sind, darunter auch Veteranen, die in Afghanistan ausgebildet wurden und auf Seiten der Taliban gekämpft hatten. In Indonesien zeigen militante Gruppen immer mehr Präsenz und werden spätestens seit den Bomben auf Bali auch international misstrauisch beäugt. Verbindungen zu al-Qaidah scheinen unumstritten. Jedoch ist es äußerst schwierig, diese extremistischen Bewegungen von außen einzuschätzen. Die Existenz von Gruppierungen wie der Jemaah Islamiyah wird von offensichtlichen Mitgliedern selbst geleugnet, sie sind geheim organisiert und auch über ihre Ziele lässt sich oftmals nur spekulieren. Auch die Zahl der Befürworter eines radikalen Islam kann nur schwer geschätzt werden; zwar erscheinen sie in der Öffentlichkeit noch in relativ kleinen Gruppen, doch reicht auch eine kleine Anzahl aus, um großen Schaden anzurichten. Deshalb sollte man die extremistischen Gruppen nicht unterschätzen.

Und selbst von einem Teil der NU werden mittlerweile in bestimmten Situationen Selbstmordattentate befürwortet. Im Juni erklärten NU und Muhammadiyah, dass sie gemeinsam radikale Jihad-Verbände unterstützen wollen und zwar im Kampf gegen Amerika und seine Alliierten, auch wenn sie „in Strategiefragen unterschiedlich denken“. Beide Organisationen besitzen außerdem eigene uniformierte Ordnungskräfte (Banser), die Untereinheiten mit der Bezeichnung Pasukan Branmati (Truppe der Todesmutigen) gebildet haben.

Auch wenn die große Mehrheit weiterhin einem moderaten liberalen, toleranten Islam anhängt, ist diese Mehrheit jedoch passiv und schweigt. Die politische Krise, die zur Amtsenthebung Wahids führte, auf den nicht nur viele Muslime große Hoffnungen gesetzt hatten, hatte zu einer Enttäuschung über den Verlauf der Demokratisierung geführt. Als sich dann nach dem 11. September die antiamerikanische Stimmung immer mehr verstärkte und extremistische muslimische Gruppen umso selbstbewusster auftraten, hielten sich viele Gemäßigte zurück aus Angst, sie könnten für proamerikanisch gehalten werden. Die NU erklärte: "Wir sind nicht stark genug, um die Militanten öffentlich anzugreifen. Das ist die Realität."

Diese Entwicklung könnte jetzt mit der Unterstützung des Antiterrordekrets durch NU und Muhammadiyah einen Wendepunkt erfahren, einen erneuten Umschwung der Stimmung und eine Stärkung der liberal denkenden Muslime bedeuten. Bisher war ein solches Dekret in Indonesien als Angriff der USA auf den Islam weltweit verstanden und somit strikt abgelehnt worden.

These 3

Die Rolle des Islam für die Demokratisierung ist abhängig von der besonderen Rolle der islamischen Führer und deren persönlicher Haltung zu Demokratisierung.

Die Uneinigkeit innerhalb der islamischen Gemeinde führt bei vielen Muslimen zu großer Verunsicherung, umso mehr, da sie

jahrzehntlang eine starke Autorität gewohnt waren. Kontroversen zwischen islamischen Autoritäten, die nach dem Sturz Soehartos immer stärker öffentlich geführt werden, geben der umat zwar einerseits die Freiheit, sich selbst eine Meinung zu bilden und zu entscheiden; dies ist zunächst als Fortschritt auf dem Weg in die Demokratie zu bewerten. Jedoch ist die indonesische Bevölkerung der ständigen Konflikte müde und hat genug mit den andauernden wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen.

Von der Präsidentschaft Wahids, der als traditionelle islamische Autorität gleichzeitig als Mitglied des Forum Demokrasi in der ersten Reihe des Demokratisierungsprozesses stand, hatten sich viele die Eini-gung aller Religionen, aber auch aller Ethnien und sozialen Gruppe versprochen, da er es verstand, mit diesen so verschiedenen Interessensgruppen zu kommunizieren. Jedoch ist er in der Zusammenarbeit mit dem traditionellen Islam gescheitert.

Megawati, deren Grundhaltung als nationalistisch-säkular bezeichnet werden kann, hat gute Beziehung zu Golkar und dem Militär. Ihr Regierungsstil ist von der Bemühung geprägt, nirgendwo anzuecken, um nicht den Unmut des Militärs, aber auch nicht den der Islamisten heraufzubeschwören.

Ihr Vizepräsident Hamzah Haz hatte es 1999 noch für unangebracht gehalten, wenn eine Frau an der Spitze der größten muslimischen Nation der Welt stünde. Im Gegensatz zu Megawati gilt der Vorsitzende der muslimischen Partei PPP als ausgebuffter Politprofi: einflussreich, ehrgeizig und mit guten Kontakten unter anderem zu Abu Bakar Bashir und zu Jafar Umar Thalib. Deren fundamentalistische Gruppierungen werden von ihm somit bewusst protektiert. Bisher galt Hamzah Haz als unangreifbar, weil er viel Rücken-deckung in den islamischen Parteien und auch bei führenden islamischen Regierungsmitgliedern hat, die in seiner Person den Islam in der Regierung vertreten sehen.

Zwar wurde die Doppelspitze Megawati und Hamzah Haz bei ihrem Regierungsan-

tritt als ideale Kombination gelobt, da sie die wesentlichen Strömungen in der Gesellschaft repräsentiere. Jedoch zeigen die Folgen des 11. September in Indonesien, dass es sich bei dieser Kombination eher um eine Sollbruchstelle handelt. Während Megawati bei ihrem Besuch in Washington die Mithilfe Indonesiens im Kampf gegen den Terror anbot, sorgte Hamzah Haz mit seinem Ausspruch „Hoffentlich wird diese Tragödie die Sünden der Vereinigten Staaten reinwaschen“ für Entrüstung in den USA. Als er eine Verurteilung der Angriffe auf Afghanistan forderte, bedeutete dies die direkte Konfrontation mit Megawati.

Mit dem Sturz Soehartos ist also nicht nur ein politisches Machtvakuum entstanden, durch die wachsende Rivalität der islamischen Autoritäten über die Frage, welchen Umfang der Islam in der Politik einnehmen soll, stellt sich auch im religiösen Bereich die Frage nach der Legitimation der islamischen Führer. Während in der Vergangenheit besonders traditionelle islamische Autoritäten, z.B. die Leiter der pesantren (kyai), den islamischen Diskurs bestimmten, sind es immer mehr Intellektuelle aus der städtischen Mittelschicht, die sich durch Persönlichkeit und Qualifikation in bestimmten Bereichen Gehör verschaffen. Diese sind zwar oft kritisch gegenüber der Regierung eingestellt, aber inwieweit es ihnen dabei wirklich um das Wohl der umat geht, ist schwer zu bestimmen.

4. Fazit

Der Islam kann für den Demokratisierungsprozess eine Rolle spielen. Andererseits wird durch mehr Demokratisierung auch der moderate, tolerante, pluralistisch eingestellte Islam gestärkt. Solange in Indonesien jedoch politische Unsicherheit und wirtschaftliche wie auch soziale Schwierigkeiten herrschen, werden die Fundamentalisten weiterhin Zulauf erfahren.